454
1932 -
307²

Geschichte

des Gewerk-Vereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter

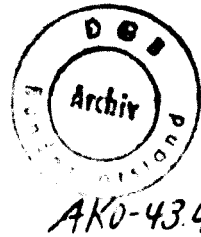
(Hirsch-Duncker.)

Bei Gelegenheit des Festes des zwanzigjährigen Bestehens im Auftrage des Generalraths aus den amtlichen Protokollen zusammengestellt und bearbeitet

von

R. Mauch

General-Sekretär.



AKD-43.435

Berlin 1888.

Selbstverlag des Generalraths des Gewerkvereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter.

S., Berlin, Kottbuser Damm 94, part.

DGB Bundesvorstand Archiv

Wir stehen vor der Feier des zwanzigjährigen Bestehens unseres Gewerkvereins und dazu glaubte der Generalrath, den Mitgliedern gewissermaßen einen Rechenschaftsbericht für diese ganze Zeit unserer Wirksamkeit geben zu müssen, dies geschieht durch vorliegendes kleine Schriftchen, welches streng nach den amtlichen Quellen bearbeitet, den Kollegen ein eingehendes klares Bild der Entwickelung unseres Gewerkvereins giebt.

Der Generalrath, zum größten Theil aus Kollegen bestehend, welche dem Gewerkverein seit seiner Gründung angehören, wollte durch amtliche Zusammenstellung von Thatsachen den Genossen Kenntniß geben, wie in Wirklichkeit unser Gewerkverein, unsere Organisation entstand, damit dieselben den vielfachen lügenhaften Entstellungen und Angriffen von gegnerischer und feindlicher Seite entgegentreten können. Andererseits soll aber den Männern, welche sich durch treue Hingebung und eiserne Beharrlichkeit um die Gründung und Entwickelung unseres Gewerkvereins verdient gemacht haben, durch die Verbreitung dieser Thatsachen ein ehrendes Andenken unter den Genossen gesichert werden.

Schon jetzt nach zwanzig Jahren, wo noch eine große Anzahl von Kollegen unter uns sind, welche an der Gründung unseres Gewerkvereins mitgearbeitet haben, welche alles miterlebt, ist in den Kreisen unserer eigenen Mitglieder große Unklarheit über jene Ereignisse und da eine Zusammenstellung derselben im weiteren Verlauf der Jahre immer schwieriger wird, so wurde der zwanzigjährige Abschnitt dazu gewählt.

Das Schriftchen macht keinen weiteren Anspruch als den der absoluten Wahrheit, es ist nicht geschminkt, nicht beschönigt, es sind aber viele Dinge, welche amtlich festgestellt sind und Zerwürfnisse und Uneinigkeiten mit Personen und sonst befreundeten Korporationen betreffen, entweder nur kurz gestreift oder ganz fortgeblieben, der Generalrath glaubte von solchen Dingen absehen zu müssen erstens,

weil man dieselben möglichst der Vergessenheit anheim geben soll, um Einigkeit und Zusammengehörigkeit nicht zu stören und zweitens, weil dieselben doch nur für einen kleinen Kreis ein besonderes Interesse haben und dieser weiß zur Genüge Bescheid.

Möge denn diese Geschichte unseres Gewerkvereins in ihrer Einfachheit und Schmucklosigkeit das Interesse der Genossen anregen und zu weiterer Thätigkeit anspornen.

R. Mauch.

Es ſind zwanzig arbeitreiche Jahre verfloſſen, ſeit die Maſchinenbau-Arbeiter Berlins zuſammentraten und dem frivolen Treiben einiger Wühler entgegenarbeitend, entſchloſſen vorgingen und den erſten Ortsverein der Maſchinenbau- und Metallarbeiter in Berlin gründeten, damit zugleich den Grund zu unſerm Gewerkverein der deutſchen Maſchinenbau- und Metallarbeiter legend.

Da wir das Feſt des zwanzigjährigen Beſtehens feiern, ſo iſt es wohl angebracht, einen Rückblick auf dieſe Zeit zu werfen, uns vor Augen zu führen, unter welchen Schwierigkeiten das Werk der Gründung, die Organiſirung und der Ausbau aller Einrichtungen vor ſich gegangen iſt, um daraus den Muth zu weiterem Ringen und Schaffen zu ſchöpfen. Es war im Jahre 1867 das Freizügigkeitsgeſetz erlaſſen, ebenſo trat das Koalitionsgeſetz in Kraft, beides Geſetze, welche gerade für den Arbeiterſtand von der höchſten Bedeutung ſind.

Durch das Freizügigkeitsgeſetz iſt jedem Staatsbürger das Recht gegeben, ſeinen Wohnort im ganzen Reiche hinzuverlegen, wohin es ihm beliebt und ſo auch ſeinem Verdienſt nachzugehen, wo er ſeine Arbeit und Thätigkeit am beſten bezahlt bekommt.

Das Koalitionsgeſetz geſtattet allen Staatsbürgern, alſo auch den Arbeitern, ſich in Vereine zuſammen zu thun, Verſammlungen abzuhalten, um durch ſolche Mittel zu verſuchen, ihre Lage zu verbeſſern.

Von dieſen beiden Geſetzen wurde natürlich ſofort gerade von den Arbeitern voller Gebrauch gemacht. Es hatte ſich eine Verbindung unter dem Namen „Allgemeiner Deutſcher Arbeiterverein“, welche die Lehren des bekannten Agitators Laſſalle ſich zu eigen gemacht, gebildet, und dieſe Vereinigung pflegte in erſter Linie das Arbeitseinſtellungsweſen. Mit Ende des Jahres 1868 war aber dieſe Vereinigung ſehr ſtark rückwärts gegangen und die Führer derſelben in Berlin, ein Herr v. Schweitzer und ein Herr Fritſche, beide Reichstagsabgeordnete, gaben ſich alle Mühe, um die Bewegung in Fluß zu erhalten.

Um dieſelbe Zeit, mit dem 26. Juli 1868 beginnend, erſchienen in einem heut noch beſtehenden Berliner Blatt „Die Volkszeitung“ eine Reihe ſehr intereſſanter Artikel über Einrichtungen in England, Konſumvereine, Produktivgenoſſenſchaften und ſonſtige Aſſoziationen oder Verbindungen betreffend und hierbei wurden auch die engliſchen „Trades unions“ oder Gewerkvereine erwähnt und von dem Verfaſſer Dr. Max Hirſch der Gedanke angeregt, ob ſich dieſe Gewerkvereine nicht auch in Deutſchland einführen und heimiſch machen ließen.

Der Theil der Aufſätze, welcher die Gewerkvereine behandelt, beginnt mit dem 4. Auguſt 1868 und erſchien in drei Fortſetzungen, es ſind darin die Einrichtungen der engliſchen Maſchinenbauer, Zimmerleute, Tiſchler und Themſeſchiffer geſchildert und wird hauptſächlich auf die Macht dieſer Vereinigungen hingewieſen, auf die Höhe der Arbeitslöhne einzuwirken, und auch bei Geſchäftsſtockungen oder dergleichen Vorkommniſſen die Arbeitsvermittelung für die Mitglieder zu übernehmen.

Dieſe Mittheilungen aus England ſcheinen denn den Herren v. Schweitzer und Fritſche beſonders für ihre Abſichten paſſend erſchienen zu ſein, denn gleich nach dem Erſcheinen dieſes Artikels vom 4. Auguſt 1868 wurde in allen Zeitungen und natürlich auch in der Volkszeitung bekannt gegeben (30. 8. 1868), daß aus Hamburg ein Aufruf der Reichstags-Abgeordneten v. Schweitzer und Fritſche erſchienen ſei, „An die Arbeiter Deutſchlands“, in welchem letztere eingeladen werden, ſich auf einem, Sonntag den 27. September, Vormittags 9 Uhr, nach Berlin berufenen Arbeiterkongreß durch Delegirte, welche von den einzelnen Gewerken gewählt werden ſollen, vertreten zu laſſen.

Wörtlich heißt es in dieſem Aufruf: „Von höchſter Wichtigkeit iſt es, daß in dem Augenblick, wo das Koalitionsrecht proklamirt wird, die Organiſation für die wirkſame Vornahme von Arbeitseinſtellungen bereits vorhanden ſei. Das jetzige planloſe Hervortreten von Strikes, bald da, bald dort, oft mit wenig Ueberlegung und meiſtens ohne die erforderlichen Gelder im Hintergrund kann nicht vorwärts führen; nur eine planmäßige, zuſammenhängende Organiſation der Strikes durch ganz Deutſchland kann dieſelben erfolgreich machen“. Es folgen dann die allgemein bekannten Phraſen, wodurch den Arbeitern begreiflich gemacht werden ſollte, „daß ſie dem unerträglichen Uebermuth der Kapitaliſten und Arbeitgeber geſchloſſen entgegentreten müßten“.

Es iſt leicht begreiflich, daß dieſe Ausführungen Aufſehen erregten und der **„Maſchinenbau-Arbeiter-Verein“** in Berlin nahm Gelegenheit, ſich über die ganze Angelegenheit Aufſchluß zu verſchaffen, denn Dr. Hirſch ſuchte nun auch mit ſeinen Anſichten über die engliſchen Gewerkvereine perſönlich in die Kreiſe der Arbeiter zu bringen und erbot ſich, in genanntem Verein darüber Vortrag zu halten.

Am Sonntag, den 20. September 1868 Vormittags fand die Versammlung im „Woltersdorf-Theater" in der Chausseestraße (das heutige Friedrich-Wilhelmstädtische) statt. Dr. Hirsch sprach über die Bestrebungen der Herren v. Schweitzer und Fritsche, stellte dagegen die englischen Gewerkvereine zum Muster auf und fand mit der Ansicht, daß die Interessen des Arbeitgebers und Arbeiters zusammengehen, vollen Beifall. Hier war es, wo unser verstorbener Freund „Franz Duncker" mit in die Debatte eingriff und ebenfalls zur Organisirung der Arbeiter mahnte, das Versprechen gebend, den Arbeitern seine Kräfte zur Verfügung stellen zu wollen.

Wie sich denken läßt, war die Diskussion eine sehr rege, es wurde spät und man beschloß eine Versammlung besonders einzuberufen, in welcher das Thema weiter behandelt werden sollte.

Inzwischen arbeitete die Volkszeitung, deren Eigenthümer Herr Franz Duncker war, tüchtig vor. Es erschienen Leitartikel in derselben, in welchen die Agitationen der Herren v. Schweitzer und Fritsche in das rechte Licht gestellt wurden und als nun am 24. September eine Annonce in allen Zeitungen erschien, in welcher die Herren v. Schweitzer und Fritsche einen „Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Congreß" zum 27. September nach Berlin einberiefen, (die Sitzungen sollten Dresdenerstr. 96 in Vauxhall stattfinden) so erschien auch eine Einladung für die Maschinenbauer Berlins für den 24. September nach dem großen Saal des Berliner Handwerker-Vereins, Sophienstr. 15, zur Vorberathung über den geplanten Arbeiter-Congreß.

Unterzeichnet war die Einladung von folgenden Herren: Parisius, Abgeordneter, Blum, Ingenieur, Spengler, Tüngler (bei Borsig), Vetterlein, Rösler, Jaensch (bei Egells), Dehnel, Neumann, Ulbricht (bei Wöhlert), Böhm, Fehse (bei Möller & Blum).

Am 24. September fand diese Maschinenbauer-Versammlung im Saale des Handwerker-Vereins statt. Tagesordnung: „Berathung über die Stellung der Maschinenbau-Arbeiter zum bevorstehenden Arbeiter-Congreß". Herr Ingenieur Blum eröffnete die Versammlung, die Wahl des Bureaus fiel auf die Herren Franz Duncker als Vorsitzender, Blum, Spengler und Böhm als Beisitzer.

Herr Dr. Max Hirsch hielt in Folge des ihm vom Komité gegebenen Auftrages das einleitende Referat und schlägt folgende Resolution zur Annahme vor:

> „Die heutige Versammlung von Maschinenbau-Arbeitern Berlins erklärt: Die Gewerkvereine nach englischem Muster zum Schutze und zur Förderung aller berechtigten Interessen der Arbeitnehmer auf dem Boden der Selbsthilfe sind eine gesunde, auch für Deutschland höchst erstrebenswerthe Institution. — Diese Vereinsbildung darf aber nicht centralistisch unter dem Befehl eines Diktators und zur Organisation des sozialen Krieges erfolgen, sondern wie in England, natür-

wüchsig von unten nach oben erstehen. — Demnach haben sich zunächst die einzelnen Gewerke vereinsweise zu konstituiren, um alsdann durch Deputirte zur Wahrung der gemeinsamen Interessen freiwillig zusammen zu wirken."

Nachdem Dr. Hirsch diese Resolution motivirt und eine lange eingehende Diskussion gepflogen war, an der sich auch der Abgeordnete Schulze-Delitzsch hervorragend betheiligte, wurde die Resolution mit allen gegen drei Stimmen angenommen. Ebenso wurde ein Antrag angenommen, dahingehend: Die Versammlung der Maschinenbauer beschließt: 1) Ein Komité von 12 Personen mit dem Recht der Kooptation zu wählen, welches ein Statut für den in Berlin zu gründenden Gewerkverein der (deutschen) Maschinenbau-Arbeiter entwirft und einer von ihm zu berufenden Versammlung sämmtlicher Maschinenbau-Arbeiter zur Berathung vorlegt. 2) Dasselbe Komité wird mit der Vertretung der Maschinenbauarbeiter auf dem bevorstehenden Arbeiterkongreß beauftragt und hat in dem Sinne der angenommenen Resolution zu wirken.

In die Kommission und als die Vertreter der Maschinenbauer auf dem Kongreß wurden folgende Herren gewählt: Dr. Max Hirsch, die Maschinenbauer Blum, Spengler, Erbe, Orthmann, Scholz, Seifert, Endenthum, Vetterlein, Neumann, Tüngler und Literat Weise.

Andere Vertreter haben **die Maschinenbauer** nicht gewählt und entsendet, weitere wurden erst nach dem Kongreß kooptirt.

„Der allgemeine deutsche Arbeiter-Kongreß" wurde am 26. September durch Herrn v. Schweitzer eröffnet.

Schon in der Einleitungsrede wurden etwaige Opponenten gegen die Lehren der Herren v. Schweitzer und Fritsche, verdächtigt, ja ersterer verstieg sich soweit, zu erklären, daß ein Jeder, der gegen seine Ansichten opponiren würde, **„entweder ein bezahlter Agent der reaktionären Partei oder der Geldmacht sei."**

Herr v. Schweitzer behielt, ohne sich von der Versammlung wählen zu lassen, den Vorsitz, trotz aller Einwendungen dagegen und als eine längere Debatte über Handhabung der Geschäfte demselben unbequem wurde, vertagte er die Versammlung fünf Minuten und brachte nach Wiedereröffnung derselben folgende Resolution ein:

„Da die Versammlung zur Erkenntniß gekommen, daß die Minorität lediglich im Interesse der besitzenden Klassen hierher gekommen ist, um die Verhandlung zu stören und Uneinigkeit in die Versammlung zu bringen, so fordert die Versammlung die Betreffenden auf, den Saal zu verlassen."

Die Anhänger v. Schweitzers erhoben die Hände, die Resolution wurde für angenommen erklärt und als nun die Maschinenbauer-Vertreter nicht sofort den Saal verließen, wurden sie auf „Befehl" des Herrn v. Schweitzer in der rohesten Weise geradezu hinausgeworfen. Den so aus dem Kongreß entfernten schlossen sich frei-

willig die Vertreter der Berliner Maler und der Vertreter der Danziger Maſchinenbauer an.

Infolge dieſer Vorkommniſſe beſchloſſen die vom Kongreß Ausgeſchloſſenen zum Sonntag, den 27. September eine Verſammlung nach Engelhardt's Lokal einzuberufen, an welcher die Delegirten theilnehmen ſollten, welche mit dem Verfahren des Herrn v. Schweitzer nicht einverſtanden wären und dann zum 28. September eine allgemeine Arbeiterverſammlung im Univerſum in der Brunnenſtraße abzuhalten um eine Vorlage zur Gründung von Gewerkvereinen zu machen.

Die aus dem Kongreß ausgewieſene Minorität veröffentlichte außerdem folgenden Proteſt.

Proteſt.

„Die auf Befehl des Herrn v. Schweitzer mit Gewalt aus der erſten Verſammlung des Arbeiterkongreſſes entfernten Vertreter von Tauſenden von Arbeitern erheben hierdurch vor der geſammten deutſchen Arbeiterſchaft und der öffentlichen Meinung Proteſt gegen dieſe unerhörte, den Veranſtalter und die Ausführenden brandmarkende Vergewaltigung. — Von einem wichtigen Theile der deutſchen Arbeiter gewählt, um ihre Anſichten und Intereſſen auf dem Kongreſſe zu vertreten, und mit der ernſten und ausgeſprochenen Abſicht gekommen, die verderbliche Diktatur in gemäßigter und ſachlicher Weiſe zu bekämpfen, wurden wir ſofort mit Drohungen und Verdächtigungen empfangen und nach vorgefaßtem Plane zuerſt provozirt und dann mundtodt gemacht. Eine Partei, die durch ſolche Mittel Erfolg ſucht, iſt von vornherein gerichtet. Wir aber werden in praktiſcher und wahrhaft demokratiſcher Weiſe die große Sache der Gewerkvereine in die Hand nehmen und hoffen Dauerndes zu ſchaffen, während die cäſariſtiſchen Aftergebilde jener Partei auf deutſchem Boden keinen Fuß faſſen können."

Berlin, den 26. September 1868.

Die Deputirten der Maſchinenbauarbeiter: Dr. Max Hirſch, Blum, Spengler, Erbe, Ortmann, Scholz, Seifert, Endenthum, Vetterlein, Neumann, Tüngler, Weiſe; der Deputirte der Danziger Maſchinenbauarbeiter: Treichel; der Delegirte der Malergehilfen von Berlin: Zimmermann.

Auch die Verſammlung in Engelhardts Lokal fand ſtatt und hatte zur Folge, daß die Vertreter der Bauhandwerker, Sattler, Koloriſten und der Tiſchler von Berlin ſich den oben genannten Delegirten anſchloſſen, außerdem aber auch noch die Vertreter der Dannenbergſchen Kattunfabrik in Berlin, ſo daß die Verſammlung im Univerſum, in welcher Herr Franz Duncker den Vorſitz führte, eine großartige Betheiligung hatte. In dieſer Verſammlung, welche Herr Franz Duncker mit einer begeiſtert aufgenommenen Anſprache

einleitete, wurden die Grundideen der auszuarbeitenden Statuten angenommen, zu letzterem Zwecke wurde eine Kommiſſion aus den Herren Franz Duncker und den obengenannten Delegirten beſtehend, gewählt, mit der Maßgabe, ſich durch Vertreter aller anderen Berufe zu kooptiren.

Unterm 1. November 1868 wurde das ausgearbeite Muſterſtatut, welches in einer inzwiſchen ſtattgehabten Verſammlung von Vertretern von wenigſtens fünfzig verſchiedenen Berufen, angenommen war, durch die Volkszeitung veröffentlicht und gleichzeitig ein Aufruf zur Bildung von Gewerkvereinen erlaſſen.

Am 2. November 1868 fand auf Einladung der Vertreter der Berliner Maſchinenbauarbeiter eine Verſammlung ſtatt, in welcher nach einem Vortrage des Herrn Dr. Max Hirſch das vorgelegte Muſterſtatut angenommen und ein „Ortsverein der Maſchinenbauer" gegründet wurde.

In der am 15. November abgehaltenen Ortsverſammlung wurde mitgetheilt, daß ſich bereits 2000 Perſonen zum Eintritt gemeldet hätten und wurde dann zur endgiltigen Wahl des Vorſtandes (Ausſchuſſes) geſchritten.

Gewählt wurden die Herren: Endenthum als erſter Vorſitzender, Blum als Stellvertreter, Erbe als Ortsſekretär, Boehm als Ortskaſſirer. Außerdem die Beiſitzer, welche damals in einer Anzahl von zehn dem Ausſchuß angehörten.

Herr Blum theilte mit, daß der „Berliner Maſchinenbauarbeiter-Verein ſich aufgelöſt habe und in den Ortsverein der Maſchinenbau- und Metallarbeiter eingetreten ſei, ſämmtliche Vereinsutenſilien, Bibliothek und Fahne ſeien mit übergeben worden.

Schon zum 28. und 29. Dezember wurde auf Anregung des Ortsvereins der Maſchinenbauer in Berlin ein Delegirtentag einberufen, zu welchem der Ortsverein Berlin infolge ſeiner Mitgliederzahl (1220) vier Vertreter ſtellte und zwar die Herren Endenthum, Andreak, Erbe nnd Orthmann, außerdem waren die Orte Danzig (Treichel), Magdeburg, Burg, Tangerhütte, Quedlinburg und Chemnitz vertreten. Ein Vertreter aus Stettin wurde zugelaſſen, um ſich zu informiren, denn ein Ortsverein beſtand damals dort noch nicht.

Der Name des nun zu gründenden Gewerkvereins wurde dahin einſtimmig feſtgeſtellt, daß er in Zukunft lauten ſolle „Gewerkverein der deutſchen Maſchinenbau- und Metallarbeiter".

Das Referat zu der Konſtituirung des Gewerkvereins hatte Dr. Max Hirſch übernommen und nachdem dann das Muſterſtatut in einigen Punkten dem Bedürfniß unſeres Berufes gemäß geändert und ſo angenommen war, wurde zur Konſtituirung des Gewerkvereins und zur Wahl des Generalrathes geſchritten; gewählt wurden folgende Herren: Vorſitzender, Endenthum-Berlin, Stellverter, Blum-Berlin; Generalkontroleur, Seifert-Berlin; Beiſitzer

im Generalrath, Andreak, Perenz, Hetzel, Vetterlein-Berlin, Treichel-Danzig, Hüppner-Magdeburg, Gundlach-Tangerhütte. Außerdem wurden die Herren Spengler, Hoppe und Grannus zu Generalreviſoren gewählt. Die Aemter des General-Sekretärs und des Schatzmeiſters ſollten der Ortsſekretär Erbe und der Ortskaſſirer Böhm vom Ortsverein Berlin mitverwalten.

Es wurde auch hier bereits über die Gründung einer Invalidenkaſſe und einer Krankenkaſſe berathen, welche Anſichten man damals über dergleichen Dinge hatte, geht aus folgendem Antrag hervor, welcher einſtimmig angenommen wurde:

„Der Gewerkverein der deutſchen Maſchinenbau- und Metallarbeiter beſchließt die Gründung einer allgemeinen Invalidenkaſſe für ſeine Mitglieder, welche mit einer Krankenunterſtützungskaſſe derart verbunden iſt, daß beide gemeinſame Verwaltung haben; der Beitritt zur Invalidenkaſſe iſt für die Mitglieder nicht obligatoriſch, ſteht aber unter den ſtatutenmäßigen Bedingungen jedem Mitgliede des Gewerkvereins frei, der Beitritt zur Krankenkaſſe iſt aber von der Mitgliedſchaft bei der Invalidenkaſſe bedingt. Die Verwaltung der Kaſſen iſt mit der des Gewerkvereins möglichſt zn verbinden.“

Für die Invalidenkaſſe wurde eine Karenzzeit von **zehn Jahren**, bei einem Beitrag von 10 Pf. pro Woche in Ausſicht genommen, die zu zahlende Penſion ſollte mit der längeren Dauer der Mitgliedſchaft ſteigen. Auch für die Krankenkaſſe wurden Grundzüge aufgeſtellt und beide Entwürfe einer Kommiſſion zur Ausarbeitung überwieſen, mit der Maßgabe, nach Fertigſtellung die Zuſtimmung der einzelnen Ortsvereine einzuholen.

Dies iſt die Entſtehungsgeſchichte des Gewerkvereins der deutſchen Maſchinenbau- und Metallarbeiter, es war nothwendig, möglichſt genau damit hervorzutreten, da im Laufe der Zeit ſo viel darüber geſchrieben iſt und ebenſoviel falſch geſchrieben iſt, daß eine genaue Feſtſtellung zwingend nöthig erſchien.

Aber auf eins möchten wir hier unſre Genoſſen aufmerkſam machen, es iſt der raſtloſe Eifer, der alle Betheiligten an der großen Sache beſeelte, ein Jeder derſelben mußte ja am Tage ſeinen Berufsgeſchäften nachgehen, aber Abends und in jeder freien Stunde war er auf dem Platze um in Kommiſſionen und Verſammlungen zu arbeiten und zu ſchaffen.

Damals handelte es ſich darum, den Grund zu legen zu einer großen, ſegensreich wirkenden Organiſation, es iſt jenen Männern durch ihre raſtloſe Thätigkeit, durch ihre volle Hingabe für die Sache glänzend gelungen. Viele jener Männer, welche damals ſo rüſtig für uns arbeiteten, deckt bereits die Erde, **Ehre ihrem Andenken!** Wir aber wollen ihnen nacheifern!

Ich habe bis jetzt nur vom Gewerkverein der deutſchen Maſchinenbau- und Metallarbeiter berichtet, es iſt natürlich, daß nun in

derſelben Zeit auch Gewerkvereine anderer Berufe gegründet wurden und Pfingſten 1869 war ein Verband derſelben gegründet, ebenſo wurde eine Verbandszeitung unter dem Namen „Der Gewerkverein“ herausgegeben, aber der Gewerkverein der deutſchen Maſchinenbau- und Metallarbeiter war dieſem Verbande noch nicht beigetreten, ſondern es verhielt ſich der Generalrath deſſelben ſogar entſchieden ablehnend und überließ die Entſcheidung dem zum 17. Juli 1869 einberufenen Delegirtentage, welcher auch wegen definitiver Begründung der Invalidenkaſſe und der Krankenkaſſe tagen mußte.

Von der Zeit der Gründung bis zu der jetzt angegebenen Zeit hatten auch zwei Arbeitseinſtellungen in unſerem Gewerkverein ſtattgefunden, die eine in Görlitz, die andre in Spandau, in beiden Fällen waren vom Gewerkverein bedeutende Opfer gebracht und trotzdem führten die Unterhandlungen mit den Arbeitgebern zu keinem Reſultat, was beſonders in Spandau, wo die Arbeitseinſtellung die Königlichen Werkſtätten betraf, nicht Wunder nehmen kann.

Am Abend des 17. Juli wurden die Abgeordneten zum Delegirtentag von den Berliner Genoſſen im Univerſum feſtlich empfangen und am 18. Juli 1869 begannen die Verhandlungen des zweiten ordentlichen Delegirtentages.

Aus dem Rechenſchaftsbericht des Generalraths iſt zu entnehmen, daß folgende Vereine zu unſerm Gewerkvereine gehörten: Berlin-Maſchinenbauer, Berlin-Feilenhauer, Berlin-Schmiede, Burg, Coburg, Chemnitz, Danzig, Dortmund, Gotha, Görlitz, Königsberg, Kotzenau, Magdeburg, Potsdam, Quedlinburg, Remſcheid, Stettin, Spandau, Siegen, Tangerhütte, Landsberg a. W., Bartenſtein, Stargard i. P., Greifswald, Bromberg, Dahlbruch, Altwaſſer, Gremmsdorf, Ferndorf, Hermsdorf, Saarau, Oldenburg, alſo 32 an der Zahl.

Hauptberathungsgegenſtände waren die Invalidenkaſſe, welche hier definitiv gegründet wurde und die Krankenkaſſe, welche jetzt für ſich allein beſtehen ſollte und deren Statut nochmals einer Kommiſſion zur Ausarbeitung übergeben wird.

Intereſſant iſt der vom Generalkontroleur Seifert erſtattete Kaſſenbericht, die Einnahmen für den Gewerkverein hatten von Dezember 1868 bis 1. Juli 1869 im Ganzen betragen 604 Thaler 28 Silbergroſchen 5 Pfennige, die Ausgaben 581 Thaler, 2 Silbergroſchen 6 Pfennig, ſo daß **ein Baarvermögen von 23 Thalern 25 Silbergroſchen 11 Pfennig vorhanden war.** Wie tüchtig ſind wir bis heut vorwärts gekommen!

Aber den größten Theil der Berathungen nahm die Entſcheidung ein, welche darüber getroffen werden ſollte, ob der Gewerkverein der Maſchinenbauer ſich dem Verbande anſchließen ſolle.

Alle die Männer, welche mit an der Gründung der Deutſchen Gewerkvereine gearbeitet, erklärten, daß man erſt im eignen Hauſe

fertig ſein müſſe und erſt dann an neue Gründungen herantreten könne. Der vom Verbandstag zum Anwalt der Deutſchen Gewerkvereine gewählte Dr. Max Hirſch, welcher auch an den Berathungen Antheil nahm, beantragte nun nach langer eingehender Rede, eine Kommiſſion zu ernennen, welche an dem ebenfalls in Berlin tagenden erſten außerordentlichen Verbandstag theilnehmen ſolle, man ſei dort bei der Statutenberathung und es könne auf Antrag der Maſchinenbauer wohl manches nach deren Anſicht geändert werden. Dieſem Vorſchlage wurde zugeſtimmt und die Herren Treichel-Danzig, Andreack-Berlin, Diezel-Berlin und Hageneß-Stettin beauftragt, an den Berathungen des Verbandstages theilzunehmen.

Als am andern Tage Herr Andreack als Berichterſtatter mittheilte, daß man auf dem Verbandstage die Maſchinenbauer mit der größten Freundlichkeit empfangen und auch die meiſten Abänderungs-Anträge genehmigt worden wären, wurde der Anſchluß an den Verband mit Majorität beſchloſſen. Leider iſt die Zahl der Stimmen und die Namensangabe der Abſtimmenden im amtlichen Protokoll nicht enthalten, nur das iſt konſtatirt, daß Herr Ingenieur Blum infolge der Abſtimmung ſein Amt als Generalrathsmitglied niederlegte.

Infolge des Anſchluſſes an den Verband wurden vier Vertreter in den Centralrath gewählt, es waren dies die Herren Endenthum, Andreack, Diezel und Seifert, ich führe die Namen an, weil es die erſten Vertreter der Maſchienenbauer im Centralrath waren. Zu bemerken iſt zu den Verhandlungen des Delegirtentages von 1869 noch, daß nun auch die beſtimmte Trennung der Aemter im Generalrath von den Aemtern im Ortsverein Berlin ſtattfand, es wurde Herr Tüngler zum General-Sekretär, Herr Boehm zum Schatzmeiſter gewählt. Es traten nun noch im Laufe des Jahres 1869 die Invalidenkaſſe und auch die Krankenkaſſe in Kraft und wurde von ſeiten des Generalraths ſchon damals durch wiederholtes Einreichen der Statuten verſucht, die Beſtätigung der Regierung zu erhalten, es zog ſich dieſe Angelegenheit aber immer wieder in die Länge und wurde die Genehmigung ſchließlich vom Berliner Polizeipräſidium abgelehnt. In dieſer Zeit, Ende 1869 bis in das Jahr 1870 hinein, fällt auch der Waldenburger Strike. Es iſt über dieſen Strike ſo viel geſchrieben und berichtet worden, daß ich wohl vorausſetzen darf, daß die Sache bekannt genug iſt, um näher darauf eingehen zu müſſen, nur ſoviel ſei erwähnt, daß der Gewerkverein der Maſchinenbauer außer 10% ſeiner laufenden Einnahmen zur Gewerkvereinskaſſe, welche laut Verbandsbeſchluß laufend gezahlt werden mußten, noch 1000 Thaler in einer Summe und außerdem bedeutende Summen an durchreiſende Bergarbeiter als Reiſegeld zahlte. Die Beweiſe hierzu liegen in unſeren Akten.

Am 9. 10. und 11. April 1871 fand der dritte Delegirtentag ſtatt. Im Laufe der Zeit war der Gewerkverein bis über 7000

Mitglieder angewachſen, aber es waren auch viele leichte Elemente mit hinein gekommen, welche nach kurzer Zeit wieder ausſchieden, es kam dann auch im Jahre 1870 der Krieg mit Frankreich, zu welchem ein großer Theil unſerer Mitglieder zu den Fahnen einberufen wurde und ſo mußte denn der Vorſitzende des Generalraths bei dem Thätigkeits-Bericht dem Delegirtentag erklären, daß der Gewerkverein **bei 37 Ortsvereinen 3346 Mitglieder zähle.** Die Berathungen drehten ſich meiſt nur um gewöhnliche Statutenänderungen und die wichtigſten Angelegenheiten, welche verhandelt wurden, waren wohl ein Antrag Berlin, „aus dem Verbande auszuſcheiden," zu welchem die Diskuſſion in dem Protokoll höchſt intereſſant iſt und der dann abgelehnt wurde, und ein Antrag der angenommen wurde, „daß dem Generalrath ein beſtimmter Prozentſatz der Einnahme zur Gewerkvereinskaſſe von den Ortsvereinen eingeſandt werden müſſe."

Vordem war dies nicht der Fall, der Generalrath mußte immer von den Ortsvereinen Gelder einziehen und dies war von einzelnen ſogar verweigert worden. Zum Vorſitzenden des Generalraths wurde Andreack, zum Stellvertreter Perenz, zum General-Sekretär Haake, zum Schatzmeiſter Boehm und zum General-Kontroleur Reigart gewählt.

Zu Beiſitzern wurden folgende Herren gewählt: Treichel-Danzig, Neumeiſter-Berlin, Goerlitzer-Spandau, Müller-Pforzheim, Krüger-Berlin, Dehnel-Berlin, Raniſch-Berlin, Dreſcher-Saarau, Schmidtſeifer-Berlin, Caſſin-Berlin, Vogt-Berlin. Zu Generalreviſoren die Herren: Mäther, Rieger, Hoppe, Berlin.

Die Entwickelung des Gewerkvereins ging nun ruhig von Statten, es wirkten die einzelnen Kaſſen in ſegensreicher Weiſe, aber auch manche bittere Erfahrung mußte gemacht werden.

In Bezug auf Arbeitseinſtellungen war man, durch die Erfahrungen belehrt, ſehr vorſichtig geworden, ſo, daß der Generalrath bei mehrfachen Gelegenheiten ſeine Zuſtimmung verſagte, aber es blieb im Jahre 1872 nichts übrig, als mit allen zu Gebote ſtehenden Mitteln für gemaßregelte und ausgeſperrte Mitglieder einzutreten.

Es war ein Strike in Danzig ausgebrochen, an welchen eine große Zahl Mitglieder betheiligt waren, dieſe mußten unterſtützt werden, in Berlin legten die Arbeiter der „Pflug'ſchen Wagenfabrik" auf Anreizung der Anhänger der v. Schweitzer und Fritſche'ſchen Theorie, die Arbeit nieder und hier war ein großer Theil der Berliner Genoſſen in Mitleidenſchaft gezogen. Es erhielten auch hier die Mitglieder ihre ſtatutenmäßige Unterſtützung, welche 1800 Thaler betrug, es wurde aber außerdem geſammelt um dadurch auch die außerhalb unſerer Bewegung ſtehenden Arbeiter zu unterſtützen, ja als das ſozialiſtiſche Strikekomité ſchließlich nicht mehr ein noch aus wußte, wandte es ſich an den Ortsverein der Maſchinen-

bauer Berlin und dieſer gab leihweiſe 300 Thaler her, um weitere Unterſtützung möglich zu machen. Dieſe Gelder ſind nie zurückgezahlt worden und mußten vom nächſten Delegirtentag niedergeſchlagen werden.

Der Dank für dies ſelbſtloſe Eingreifen und Spenden von Aushilfe beſtand darin, daß die Herren Schweitzeri'aner die Gewerkvereine herunterriſſen und ſchlecht zu machen verſuchten wo es irgend möglich war.

Ebenſo ſtrikten Genoſſen in Nürnberg (Drahtzieher) und Fürth (Metallſchläger) auch hier mußten große Opfer gebracht werden, welche jedoch von unſerm Gewerkverein allein geleiſtet wurden, eine Unterſtützung des Verbandes wurde nicht beanſprucht.

Es war in dieſen Jahren überhaupt eine Art Sturm- und Drangperiode, man hatte noch nicht die volle Erfahrung gemacht, wie zweiſchneidig die Waffe der Arbeitseinſtellung iſt, es wurde damals leichter als jetzt zu dieſem letzten, verzweifelten Mittel gegriffen, verzweifelt deshalb, weil unter hundert Fällen erſt einmal der Arbeiter Sieger bleibt und wenn der Sieg wirklich erfochten iſt, ſo iſt ſoviel Noth und Elend entſtanden, daß Jahre voll Anſtrengung dazu gehören, um wieder auf die Füße zu kommen.

Auch Streitigkeiten im Verbande fingen an aufzutauchen. Die Organiſation der deutſchen Gewerkvereine war urſprünglich darauf berechnet, in ſich ſtreng die Berufstrennung aufrecht zu erhalten. Es waren aber mit der Zeit Abweichungen von dieſem Prinzip erfolgt, z. B. hatte der Gewerkverein der Fabrik- und Handarbeiter in „Vorſigwerk i. Schl." einen Ortsverein gegründet, deſſen Mitglieder ihrem Beruf nach alle zu den Maſchinenbauern gehörten. Daß dies nicht ruhig hingenommen wurde, läßt ſich wohl denken und ſo kam denn der nächſte Delegirtentag, welcher **vom 13. bis 16. April 1873 tagte,** heran.

Der Delegirtentag von 1873 iſt in vielen Hinſichten als einer der wichtigſten zu bezeichnen, welche getagt haben. Aus dem Rechenſchaftsbericht des Generalraths iſt zu entnehmen, daß der Gewerkverein ſich erweitert und in ſich gefeſtet hat. Trotz der verhältnißmäßig vielen Arbeitseinſtellungen, welche rund 3700 Thlr. gekoſtet hatten, beſaß die Gewerkvereinskaſſe ein Baarvermögen von über 6000 Thlr., auch die Krankenkaſſe und die Invalidenkaſſe wieſen ein befriedigendes Vermögen auf. Es tauchten aber auf dieſem Delegirtentag die erſten Anzeichen von Zerwürfniſſen mit dem Ortsverein Berlin auf. Dieſer Ortsverein, welcher mit ſeinen 2000 Mitgliedern beinahe die Hälfte der Mitglieder des Gewerkvereins ſtellte, beanſpruchte durch das fortwährende Drängen einzelner Perſonen, beſonders des Kaſſirers Reigart und des Mitgliedes Raniſch bei jeder Gelegenheit eine Sonderſtellung, ſo daß der Generalrath dieſe Angelegenheit beim Delegirtentage zur Sprache brachte. Bei dieſer Gelegenheit wurde zum erſten Mal der Vorſchlag gemacht,

den Ortsverein Berlin zu theilen, da die Verwaltung zu schwerfällig sei, es blieb aber nur bei der Besprechung. Erwähnt muß dies aber hier schon werden, da diese Angelegenheit später schwere Folgen hatte.

Auf Beschluß dieses Delegirtentages wurden die ersten Reverse eingeführt, wonach jedes Mitglied schriftlich sein Einverständniß mit den Statuten erklären mußte, derselbe lautete:

Revers.

Den Statuten des Gewerkvereins **der Deutschen Maschinenbau- und Metall-Arbeiter,** wie auch den Statuten der Invaliden-, Kranken- und Begräbnißkasse desselben, sowie den Beschlüssen der Generalversammlung, erklärt Unterzeichneter sich unbedingt zu unterwerfen, und erkennt hiermit noch besonders die schon in den Statuten ausgesprochene Bestimmung an: „Daß alle Beschwerden und Streitfälle gegen die Invaliden-, Kranken- und Begräbnißkasse und ihre Organe in erster Instanz vom Ortsausschuß, in zweiter und letzter Instanz vom Generalrath entschieden werden und jede richterliche und obrigkeitliche Entscheidung für die Mitglieder ausgeschlossen ist.

Auch ein Antrag, **ein eigenes Organ (Zeitung)** für den Gewerkverein zu gründen, lag zum ersten Mal vor, wurde aber abgelehnt. Dagegen wurde das Verbandsorgan, auf welches bis dahin die Mitglieder freiwillig abonnirten, obligatorisch für alle Mitglieder, auf Kosten des Gewerkvereins, eingeführt.

Auch ein Antrag, eine Wittwen- und Waisenkasse zu errichten, wurde berathen, aber abgelehnt, weil diese Einrichtung zu viel Schwierigkeiten bietet.

Ebenfalls begegnen wir hier zum ersten Mal den Anträgen, ein Gewerkvereinshaus für den Gewerkverein der Maschinenbauer zu errichten, und weiter eine Wanderunterstützung für die Mitglieder festzustellen. Beide Angelegenheiten wurden jedoch nur berathen und schließlich dem nächsten Delegirtentag überwiesen.

Sehr wichtig ist für die Entwickelung unseres Gewerkvereins der Beschluß dieses Delegirtentages, „daß der General-Sekretär als Beamter des Gewerkvereins mit festem Gehalt angestellt wurde", also seine ganze Thätigkeit dem Verein widmen konnte.

Bei der Wahl in den Generalrath wurde Heinrich zum Vorsitzenden, Perenz zum Stellvertreter, Neumeister zum General-Sekretär, Böhm zum Schatzmeister und Baldt zum General-Controleur gewählt. Zu Beisitzern wurden gewählt: Andreack, Haake, Tüngler, Stock-Berlin, Kamin-Danzig, Baumann-Spandau, Schmidt-Potsdam, Claus-Bromberg, Blunk-Königsberg, Schubert-Breslau, Schmolke-Nürnberg; zu General-Revisoren Hoppe, Roßbach, Kienitz-Berlin.

Die nun folgende Zeit iſt dem inneren Ausbau aller Einrichtungen gewidmet, es wird mehr als früher vom Generalrath aus agitirt, um neue Ortsvereine zu gründen, die Mitglieder in den alten Ortsvereinen mehr mit unſeren Tendenzen bekannt zu machen und zu feſtigen. Die Arbeitseinſtellungen werden immer mehr vermieden; der Generalrath läßt es ſich angelegen ſein, in den Fällen, wo Zwiſtigkeiten mit den Arbeitgebern ausbrechen, vermittelnd einzugreifen und ſo werden denn viele ſolche Zwiſchenfälle gütlich beigelegt, zum Beſten beider Theile.

Leider trat im Jahre 1874 ſchon im Februar von Neuem das Schreckgeſpenſt einer Arbeitseinſtellung auf. Herr Andreack, welcher eine Agitationsreiſe nach Süddeutſchland gemacht hatte, berichtete, daß in Nürnberg im Gewerbe der Goldſchläger und der Metallſchläger ein ſehr flauer Geſchäftsgang eingetreten ſei und daß nun die Arbeitgeber mit Lohnabzügen drohten. Dieſe Gewerbe, beſonders das letztere, ſeien aber ſchon ſo herunter, daß die Arbeiter wohl kaum darauf eingehen könnten. Das ganze Gewerbe liege in den Händen von Unternehmern, welche die betreffenden Meiſter und damit natürlich auch die Arbeiter vollſtändig in den Händen haben. Herr Andreack hatte dort ſchon den Vorſchlag gemacht, man möge die Sache einem Einigungsamt übergeben, es ſei aber ein Entſchluß noch nicht gefaßt.

Schon Ende Februar erfolgte in Nürnberg eine Arbeitseinſtellung, welche jedoch nur kurze Zeit dauerte und einen Koſtenaufwand von 275 Thalern verurſachte, es wurde hierbei erreicht, daß die alten Preiſe aufrecht erhalten blieben. Aber ſchon im Monat Mai legten die Arbeiter obengenannter Induſtriezweige in Nürnberg, Fürth und Schwabach die Arbeit von Neuem nieder und diesmal dauerte der Strike bis zum 24. Auguſt. Es handelte ſich hierbei um Aufrechterhaltung der Löhne und muß beſonders hervorgehoben werden, daß die Meiſter, d. h. die kleinen Arbeitgeber, in deren Werkſtätten die Gold- und Metallſchlägerei betrieben wurde, mit den Arbeitern gegen die Unternehmer einig waren. Der Strike wurde mit allen Mitteln des Gewerkvereins unterſtützt und zehrte die Baarmittel deſſelben nahezu auf, ſo daß hier auch der Verband, nach dem Verbandsſtatut, mit eintreten mußte. Es wurden im Ganzen 7334 Thaler 5 Sgr. 9 Pfg. verausgabt, wovon der Verband, alſo die anderen Gewerkvereine 2611 Thlr. 7 Sgr. 6 Pfg. zu zahlen hatte; es gingen aber davon damals in der Zeit der dringendſten Noth nur 1669 Thlr. 10 Sgr. ein, ſo daß eine Reſtſumme von 941 Thlr. 27 Sgr. 6 Pfg. blieb, welche zum Theil in ſpäterer Zeit abgezahlt wurde.

Auch dieſe Arbeitseinſtellung endete mit dem Sieg der Arbeiter, denn die Löhne wurden in der alten Höhe weiter gezahlt; aber wie bei allen dieſen Siegen war der Nachtheil trotzdem auf Seiten der Arbeiter. Trotz der Unterſtützungen mußten von den Be-

theiligten doch ſchwere Opfer gebracht werden und nach einiger Zeit traten doch Lohnabzüge ein, welchen man ſich nicht mehr widerſetzte, weil man an den Folgen der ſtattgehabten Arbeitseinſtellung noch zu tragen hatte. Auch der Gewerkverein ſelbſt hatte Nachtheile davon aufzuweiſen, denn ſeine Kaſſe war erſchöpft und die Ortsvereine Fürth und Schwabach gingen verloren, indem beide wegen nach und nach eintretender Mitgliederabnahme aufgelöſt werden mußten. Auch in Nürnberg, wo zwei Vereine zu uns gehörten, ſchrumpfte die Mitgliederzahl ſo zuſammen, daß aus beiden nur ein Verein geſchaffen wurde, der lange Zeit mit ziemlich geringer Mitgliederzahl arbeitete und auch heute noch auf einige ſechzig Mitglieder feſtſteht.

Dieſe Erfahrungen führten denn auch dazu, daß nie wieder in offenſiver Weiſe von Seiten unſeres Gewerkvereins vorgegangen wurde, wir beſchränken uns jetzt darauf, den Mitgliedern den Wechſel des Arbeitsplatzes zu erleichtern und da, wo von anderer Seite dieſe unglückſeligen Arbeitseinſtellungen in die Kreiſe der Arbeiter hineingetragen werden, unſere mit ausgeſperrten oder gemaßregelten Mitglieder nach Kräften zu unterſtützen.

In Bezug auf die anderen beiden Kaſſen, Invalidenkaſſe und Kranken- und Begräbnißkaſſe iſt bisher wenig mitgetheilt. Die Invalidenkaſſe, welche ja eine fünfjährige Karenzzeit vorausſetzt, ehe ein Mitglied Anſpruch an die Kaſſe hat, es ſei denn, daß die Invalidität durch einen Unglücksfall herbeigeführt iſt, in welchem Falle die Kaſſe ſofort einzutreten hat, hatte ſchon einiges Kapital angeſammelt, es waren aber auch ſchon eine Anzahl Mitglieder zu Invaliden erklärt worden und zwar erhielten dieſelben nach dem damaligen Statut eine laufende wöchentlich zu zahlende Rente. Im Jahre 1873 waren ſchon fünf verunglückte Mitglieder zu Invaliden erklärt, im Jahre 1874 zwei Mitglieder, welche die Karenzzeit überſtanden und wegen Körperſchwäche zu Invaliden erklärt wurden. Es zeigten ſich hier bereits die Fehler, welche man bei Gründung der Kaſſe aus Humanität begangen hatte, indem man bei der Aufnahme keine Altersgrenze feſtſtellte und kein Geſundheits-Atteſt forderte, aber die Anſprüche an die Kaſſe waren auch noch nicht beſonders hoch, ſo daß dieſelbe ſehr gut florirte, trotzdem die Mitglieder ohne Unterſchied des Alters nur 10 Pf. Beitrag pro Woche zahlten.

Anders ſtand es mit der Krankenkaſſe, hier waren die Beiträge ebenfalls ſehr niedrig bemeſſen und da, wie es ſich auch jetzt noch zeigt, ſehr viele Krankheiten in unſerm Gewerbe durch Verletzung entſtehen, ſo war die Kaſſe ſehr ſtark in Anſpruch genommen und hatte keinen beſonders günſtigen Stand.

So nahte denn der Delegirtentag im Jahre 1875 heran. Der Delegirtentag 1875 begann am 27. Juni. Der Vorſitzende des Generalraths Herr Andreack, welcher dieſes Amt wieder über-

nommen hatte, da Herr Heinrich daſſelbe niederlegte, eröffnete die Verhandlungen mit dem Rechenſchaftsbericht des Generalraths, in welchem alle bereits angeführten Ereigniſſe mitgetheilt wurden, auch hier ergab ſich, daß der Gewerkverein in allen ſeinen Verhältniſſen vorwärts gekommen war und daß die Leiter deſſelben, der Generalrath, ſich an allen den Bemühungen, welche von Seiten des Verbandes der deutſchen Gewerkvereine, den Gewerkvereinen und deren Kaſſen die ſtaatliche Anerkennung zu gewinnen, angewendet waren, ſich angeſchloſſen und dabei energiſch mitgewirkt hatten. So waren auch die Maſchinenbauer mit an Deputationen, welche vom Centralrath an das Bundeskanzleramt geſandt wurden, betheiligt und waren auch ſelbſt aus eigener Initiative beim Staatsminiſter Dr. Achenbach perſönlich in einigen Angelegenheiten vorſtellig geworden, (in letzterem Fall beſtand die Deputation aus den Genoſſen Andreack, Baldt, Riebe und Kamin), hatten damit auch erreicht, daß von Seiten der Staatsregierung angeordnet war, unſere Organiſation ruhig gewähren zu laſſen und ihr keine Hinderniſſe in den Weg zu legen. Dies Letztere war vielfach von Ortsbehörden verſucht worden.

Auch auf dieſem Delegirtentag wurde die Frage wieder angeregt, ob es nicht beſſer ſei, den Ortsverein Berlin zu theilen, aber auch diesmal wurde der Antrag dazu abgelehnt. Auch die Hausbaufrage trat wieder in Erſcheinung und wurde dahin erledigt, daß man dem Generalrath die Sache zur eingehenden Berathung und mit der Vollmacht überwies, mit Hinzuziehung der auswärtigen Mitglieder deſſelben zur Abſtimmung vorzugehen. Für die Invalidenkaſſe wurde das Eintrittsalter von 45 Jahren als Grenze feſtgeſetzt und für Neueintretende der Beitrag in Abſtufungen nach dem Eintrittsalter von 10, 15 und 20 Pfg. beſchloſſen.

Bei den Wahlen zum Generalrath wurde Herr Andreack zum Vorſitzenden, Tüngler zum Stellvertreter, Neumeiſter zum General-Sekretär, Baldt zum Schatzmeiſter und Boehm zum General-Kontroleur gewählt. Als Beiſitzer werden gewählt: Krauſe, Machaliza, Toepfer, Kübler, Schmidtſeifer, Segebarth, Spengler-Berlin, Kamin-Danzig, Bloch-Landsberg a. W., Schubert-Breslau, Prochnow-Stettin, Rüſſel-Nürnberg, Mattik-Charlottenburg.

Zu General-Reviſoren: Mauch, Kienitz, Triebitz.

Nach dieſem Delegirtentag beginnen für den Generalrath recht anſtrengende Zeiten, es entſtanden leider mit der Redaktion des „Gewerkverein“ in Bezug auf Aufnahme von eingeſandten Mittheilungen und Artikeln Differenzen, indem der Redakteur eigenmächtig die Aufnahme verweigerte, wogegen der Generalrath energiſch Front machte, da er das Blatt als den Mitgliedern gehörig betrachtete.

Aber auch ernſte harte Arbeit trat an den Generalrath heran. Die Veröffentlichung und das Inkrafttreten des Hilfskaſſengeſetzes

ſtand in Ausſicht, es mußte danach alſo auch das Statut der Krankenkaſſe eingerichtet und geändert werden, der Generalrath ließ ſich alſo durch allgemeine Mitgliederabſtimmung Vollmacht ertheilen, dieſe Aenderungen vorzunehmen. Von hier datirt auch der Beſchluß, daß ſämmtliche Kautionen an die Hauptkaſſe eingeſandt werden müſſen.

Es fand nun in Berlin am 21. und 22. Mai 1876 eine Sitzung des Generalraths mit Hinzuziehung der auswärtigen Mitglieder deſſelben (Plenarſitzung) ſtatt, hier wurde das vom Anwalt ausgearbeitete Statut feſtgeſtellt und dann der Staatsbehörde eingereicht, welche daſſelbe dann auch nach vielen Abänderungen unterm 5. Dezember 1876 als dem Geſetz entſprechend anerkannte.

Wie ſchon früher mitgetheilt, waren in Berlin durch die Machinationen einiger Perſonen Uneinigkeiten zwiſchen dem Ortsverein und dem Generalrath entſtanden. Da bei dem großen Umfange des Vereins und der großen Mitgliederzahl das Zahlen der Beiträge ſehr erſchwert war, ſo hatte man ſogenannte Sektionskaſſirer angeſtellt, welche aber dem Verein gegenüber gar keine Verantwortung hatten und durch dieſe Einrichtung war viel Unregelmäßigkeit und Unreellität eingeriſſen, welcher der Generalrath mit aller Energie entgegentrat, er ſcheiterte aber an der Hartnäckigkeit und den Intriguen des Ortskaſſirers Reigart, welcher in dem großen Ortsverein ein verhältnißmäßig großes Einkommen hatte. Wie ſchon mehrfach mitgetheilt, war als Mittel, in Berlin geordnete Verhältniſſe herbeizuführen, die Theilung des Ortsvereins vorgeſchlagen worden, aber immer ſcheiterte dies an dem Widerſtand der Berliner Mitglieder, welche durch Reigart beeinflußt wurden, welcher eine Schmälerung ſeiner Einkünfte fürchtete; jetzt griff aber ein Mitglied, Herr Geſell, mit feſter Hand ein und fand unter Mitwirkung des Generalraths Kollegen, welche mit ihm dahin einig wurden, freiwillig in Berlin einen zweiten Ortsverein zu gründen. Herr Geſell, jetzt ſchon lange Jahre Mitglied des Generalraths, kam trotz aller Schmähungen und Angriffe der Gegenpartei glücklich dahin, den Ortsverein Berlin II am 1. Mai 1876 zu konſtituiren und damit der freieren und praktiſcheren Entwickelung unſeres Gewerkvereins in Berlin Bahn zu brechen. Berlin II iſt augenblicklich der größte Ortsverein unſeres Gewerkvereins.

Am 21. Janur 1877 erfolgte in Berlin die Neukonſtituirung der Kranken- und Begräbnißkaſſe, es fand eine erſte Generalverſammlung, welche aus den anweſenden Berliner Mitgliedern beſtand, ſtatt, durch welche der Vorſtand dieſer Kaſſe formell gewählt wurde, da von jetzt ab dieſe Kaſſe mit geſonderter Verwaltung geführt werden mußte. In der Plenarſitzung des Generalraths am 21. und 22. Mai 1876 war die Beſtimmung in das Statut aufgenommen, daß Verwaltungsſtellen dieſer Kaſſe nicht über 500 Mitglieder haben ſollten, da dieſe Beſtimmung eine Theilung

des Ortsvereins Berlin I in ſich ſchloß, ſo hatten die Anhänger Reigarts alles aufgeboten, um durch die Wahl deſſelben zum Hauptkaſſirer der Krankenkaſſe, demſelben eine Einnahmequelle zu verſchaffen. Die Intrigue gelang und ſomit war die Verwaltung, entgegen den Beſtimmungen aller Delegirtentage in den Händen verſchiedener Perſonen, damit war aber die Gefahr der Zerſplitterung für den Gewerkverein in der drohendſten Geſtalt erſchienen. Die beſonnenen Mitglieder ſahen das Unheil heranrücken und ſuchten dem Uebel vorzubeugen, ſo wurde denn am 1. April 1877 der Ortsverein Berlin III gegründet und damit wieder eine Anzahl Mitglieder dem Einfluß Reigarts entzogen. Ebenſo wurde durch den Ausſchuß der Krankenkaſſe eine General-Verſammlung zu dem Delegirtentag, welcher 1877 ſtattfinden mußte, einberufen.

Am 1. April 1877 fand dann der Delegirtentag und General-Verſammlung der Kranken- und Begräbnißkaſſe ſtatt und dauerte bis zum 5. April.

Kaſſenverhältniſſe und Mitgliederzahl (5020) waren befriedigend, die neuen Einrichtungen, welche ſich nothwendig gemacht hatten, ſind bereits mitgetheilt und nun bleibt nur übrig, die wichtigſten Beſchlüſſe, welche gefaßt wurden, mitzutheilen.

Bemerken will ich aus der ſtattgehabten Diskuſſion, daß in ſcharfer Weiſe über das Verbandsorgan „Der Gewerkverein" geklagt wurde und auch hier die Frage der Gründung einer eigenen Zeitung in Betracht gezogen wurde, da doch bei der obligatoriſchen Einführung des „Gewerkverein" eben ſo hohe Koſten erwüchſen, als wenn man ſelbſt eine Zeitung habe, aber auch diesmal wurde kein Beſchluß gefaßt.

Nach allen den in Berlin ſtattgehabten Vorfällen beſchloß der Delegirtentag, daß kein Ortsverein mehr als 500 Mitglieder haben dürfe, damit war die Trennung des Ortsvereins Berlin I ausgeſprochen, und um in Zukunft ganz energiſch arbeiten zu können, wurde beſchloſſen, auch den Schatzmeiſter mit feſtem Gehalt anzuſtellen; gleichzeitig wurde nochmals ausdrücklich feſtgeſtellt, daß alle Aemter im Generalrath und Vorſtand, ſowie auch in den Ortsvereinen und Verwaltungsſtellen von denſelben Perſonen verwaltet werden ſollten und nun wurde zur Neuwahl des Generalraths und Vorſtandes geſchritten.

Es wurden folgende Herren gewählt: Schmidt-Berlin II, Vorſitzender, Boehm-Berlin I, Stellvertreter, Kamin-Berlin I, General-Sekretair, Baldt-Berlin I, Schatzmeiſter, Mauch-Berlin I, Generalkontroleur. Als Beiſitzer: Julius, Geſell, Götze, Andreak, Buſch-Berlin, Schmidt-Spandau, Mattick-Charlottenburg, Schubert-Breslau, Hinz-Königsberg, Rüſſel-Nürnberg, Paecke-Potsdam, Fiebig-Landsberg, Woywodt-Danzig. Generalreviſoren: Triebitz, Borſtorff, Brzinski.

Bei der Generalverſammlung der Krankenkaſſe zeigten ſich die

Intriguen Reigarts von Neuem, er hatte als bisheriger Hauptkaſſirer (Schatzmeiſter) dieſer Kaſſe jedes Zuſammenwirken mit dem Generalrath vermieden, die Wahllisten für die Generalverſammlung zurückgehalten u. ſ. w., er wurde ja nun nicht wieder gewählt.

Um Unkoſten zu vermeiden wurde auch beſchloſſen, daß die Delegirtentage nur alle drei Jahre ſtattfinden ſollten. Die alte Krankenkaſſe wurde aufgelöſt und eine Frauenbegräbnißkaſſe gegründet.

Schon am 14. Mai 1877 wurde dem Generalrath ein Schreiben vom Ortsverein Berlin I vorgelegt, in welchem angezeigt wurde, daß der Ortsverein Berlin I aus dem Gewerkverein austrete. Sofort wurden Maßregeln ergriffen, um diejenigen Mitglieder, welche von dem damaligen Ausſchuß des Ortsvereins Berlin I in Unkenntniß gehalten wurden, aufzuklären und alle treu bleibenden zu ſammeln. Hierbei entfalteten außer den Generalrathsmitgliedern die Kollegen Nix, Prange, Triebitz (Generalreviſor), Raaſe und Friedel ganz beſondere Thätigkeit, trotzdem aber verlor der Gewerkverein durch dieſe Machination eines einzelnen ſelbſtſüchtigen Menſchen rund 900 Mitglieder. Viele dieſer Mitglieder haben es ſpäter ſchwer bedauert, nie in die Verſammlungen gekommen zu ſein, denn ſie wußten von allen den Vorgängen nicht das Geringſte und waren rein in ihrer Unwiſſenheit bei dem Reigart'ſchen Verein geblieben und hatten bei uns alle Rechte verloren.

Es mußten noch jahrelang Klagen gegen Reigart und Genoſſen geführt werden wegen Herausgabe des Vereinsvermögens und wurde auch alles Erreichbare von denſelben mit aller Strenge eingezogen.

Es war überhaupt kein Segen in dieſer Zeit in unſerer ganzen Entwickelung, in Neuſalz a. O. löſte ſich der Ortsverein, der dort ſehr blühend emporgewachſen war, faſt auf, weil der Beſitzer des dortigen Hüttenwerkes die Mitgliedſchaft ſeiner Arbeiter bei uns nicht dulden wollte und mit Entlaſſung drohte. Die Arbeitsverhältniſſe gerade in unſerem Beruf waren ſehr traurige, und ſo kam es denn, daß im Lauf dieſes Jahres die Mitgliederzahl bis auf 3528 herunterging und die Kaſſenverhältniſſe nicht die beſten waren. Der Generalrath that das Aeußerſte durch Agitation und Anregung zum Emporkommen, aber es wollte keine rechte Beſſerung in den Verhältniſſen eintreten.

Auch im Generalrath traten mehrere Aenderungen ein, der Vorſitzende, Schmidt, legte bereits im Januar 1878 ſein Amt nieder, an ſeiner Stelle wurde Mauch und zum Generalkontroleur Riebe gewählt, während Kuckert in den Generalrath eintrat. Um wenigſtens den Kaſſenverhältniſſen aufzuhelfen, arbeitete der Generalrath einen Plan zur möglichſten Erſparniß in den Ausgaben aus und unterbreitete dieſen den Mitgliedern durch allgemeine Mitgliederabſtimmung

zur Beſtätigung, die Abſtimmung ergab kein genügendes Reſultat und ſo mußte denn ſchon im April 1879 ein Delegirtentag einberufen werden, entgegen dem Beſchluß, daß nur alle drei Jahre ein ſolcher ſtattfinden ſollte.

Am 13. April 1879 begann der Delegirtentag, welche vier Tage in Anſpruch nahm. Erſtens wurde das obligatoriſche Halten des „Gewerkverein" abgeſchafft, die Gehälter der Beamten wurden ermäßigt, die Verwaltung der Ortsvereine vereinfacht, indem die Zahl der Ausſchußmitglieder bedeutend verringert wurde. Als neue Einrichtung wurde der Fond zur Unterſtützung für arbeitsloſe, wandernde und nothleidende Mitglieder gegründet, um den Mitgliedern mehr bieten zu können. Auch ein Antrag auf Ausſcheiden unſeres Gewerkvereins aus dem Verbande kam wieder zur Verhandlung und wurde auch wieder abgelehnt.

Aus den Debatten iſt wohl hervorzuheben, daß der Anwalt der Deutſchen Gewerkvereine, trotz der ſchlechten Kaſſenverhältniſſe unſers Gewerkvereins, gegen die Aufhebung des obligatoriſchen Haltens des „Gewerkverein", aber auch gegen die Gründung des neu in Ausſicht genommenen Unterſtützungsfonds in ſchärfſter Weiſe vorging. Tauſende von Kollegen werden aber heute jenem Delegirtentage ihren Dank für die Beſchlüſſe abſtatten, erſterer Beſchluß führte in der Folge zur Gründung unſerer eigenen Vereinszeitung und die Gründung des Unterſtützungsfonds hat neben der ſegensreichen Wirkſamkeit zum Beſten der Mitglieder mit am meiſten zum Wachſen und der Weiterverbreitung unſers Gewerkvereins beigetragen, da gerade die jugendlichen Mitglieder, welche früher beim Beginn der Wanderſchaft für uns verloren gingen, jetzt dadurch, daß ihnen Wanderunterſtützung an Reiſegeld zu theil wurde, feſter an den Gewerkverein gekettet und zu Agitatoren wurden, indem ſie in den Orten, wo ſie in Arbeit traten, verſuchten, neue Ortsvereine zu gründen, da ſie aus Erfahrung die Vortheile, welche den Mitgliedern geboten wurden, ſchildern konnten.

Ebenſo wurde von dieſem Delegirtentag das Rechtsſchutz-Reglement, wie es mit geringen Aenderungen noch heute beſteht, auf Antrag des Ortsvereins Berlin I feſtgeſtellt.

Es wurden bei Gelegenheit dieſes Delegirtentages, wie bisher immer, auch Generalverſammlungen für die Krankenkaſſe, ſowie auch für die Invalidenkaſſe mit abgehalten und die nöthigen Aenderungen in den Statuten vorgenommen. Die Generalverſammlung der Kranken- und Begräbnißkaſſe war natürlich jetzt beſonders, wogegen dieſelben früher mit zu den allgemeinen Verhandlungen gehörten.

Ein Antrag, von ſiebzehn Delegirten unterzeichnet, welcher den Generalrath beauftragt wiſſen will, zum nächſten Verbandstage Anträge einzubringen, welche Erſparniſſe im Verbande herbeiführen

ſollen, wird einſtimmig angenommen und ſo ſchloß dieſer Delegirtentag, welcher bei der Wahl zum Generalrath folgende Mitglieder wählte: Mauch, Vorſitzender, Boehm, Stellvertreter, Andreack, General-Sekretär, Baldt, Schatzmeiſter, Riebe, Generalkontroleur; Beiſitzer: Kamin, Wittmann, Voigt, Nix, Nagel, Zobel-Berlin, Paecke-Potsdam, Blunk-Königsberg, Schubert-Breslau, Fiebig-Landsberg, Ballmann-Buckau, Gottſchalk-Kotzenau, Reichel-Spandau; Generalreviſoren: Borſtorff, Triebitz, Götze.

In der nun folgenden Zeit iſt eine der erſten Verwaltungsmaßregeln die Vereinfachung unſerer Geſchäftsführung und Einrichtung aller Geſchäftsbücher in der noch heute beſtehenden Form, auch die erſte Geſchäftsordnung unter dem Namen „Leitfaden“ wurde herausgegeben und das Adreſſenverzeichniß der Beamten unſerer ſämmtlichen Ortsvereine in Form einer Brochure gedruckt und den Mitgliedern, welche ſich auf die Reiſe begeben, zugeſtellt. Eine Kaſſenordnung war bereits früher aufgeſtellt.

Die Agitation, welche bisher faſt immer in Verbindung mit dem Verband getrieben wurde, wurde jetzt in ausgedehnterem Maße als bisher und durchaus ſelbſtändig zur Durchführung gebracht. Der Erfolg zeigte, daß dies die richtige Art ſei zu wirken, denn am 22. Januar 1881 arrangirte der Generalrath einen Kommers zur Feier der erreichten Zahl „5000“ im Mitgliederbeſtande. Leider fehlte es auch nicht an unangenehmen Vorkommniſſen, es kamen fortwährend und beſonders mit dem Gewerkverein der Klempner Streitigkeiten wegen der Berufsangehörigkeit der dort aufgenommenen Mitglieder vor und dieſe wirkten gerade nicht aufmunternd.

Ebenſo wurden mehrfach ganze Kundgebungen oder auch Berichtigungen, welche an die Redaktion des „Gewerkverein“ zur Veröffentlichung überſandt waren, von derſelben nicht aufgenommen, ſo daß der Plan, ein eigenes Organ zu gründen, immer mehr in den Vordergrund trat. Es wurden gerade in dieſer Zeit mehrere Prozeſſe auf Grund des Haftpflichtgeſetzes zu Gunſten unſerer Mitglieder geführt, meiſt auch gewonnen; aber in mehreren Fällen gelang es auch durch Vermittelung, den verunglückten Genoſſen zu ihrem Recht zu verhelfen.

Im Jahre 1880 wurden durch Beſchluß des Generalraths, dem durch allgemeine Mitgliederabſtimmung Vollmacht ertheilt war, die Beiträge **für alle Mitglieder** der Invalidenkaſſe nach dem augenblicklichen Alter feſtgeſetzt, ſo daß auch die alten Mitglieder, welche der Kaſſe ſchon von Anfang an angehörten, die Beiträge in der Abſtufung von 10, 15 und 20 Pf. zahlen mußten, wie es den Neueintretenden ſchon vorgeſchrieben war.

Auch auf die Sicherheit bei Anlegung und Aufbewahrung der Gewerkvereins- und Kaſſengelder wurde erhöhte Aufmerkſamkeit gerichtet, ſo daß im Jahre 1880 auf Antrag der Generalreviſoren

für das Bureau des Gewerkvereins ein eiſerner Geldſchrank beſchafft wurde.

Auch in Berlin hatte der Gewerkverein Fortſchritte gemacht, bald nach dem Delegirtentage, im Auguſt 1879, gründete eine Anzahl Mitglieder des Ortsvereins Berlin I den Ortsverein Berlin IV, welcher ſich ja im Laufe der Zeit recht gut entwickelt hat, und mit dem 1. Januar 1880 trat der Ortsverein Berlin V, von Mitgliedern des Ortsvereins Berlin II unterſtützt, ins Leben.

Seit dieſer Zeit iſt Berlin in allen Richtungen der Stadt mit Ortsvereinen unſers Gewerkvereins verſehen, und man kann wohl ſagen, alle fünf wirken in genoſſenſchaftlichem Sinn für unſere gute Sache, ſo ſchwer es gerade in Berlin auch iſt, vorwärts zu kommen.

Aus verſchiedenen Ortsvereinen, in Berlin, Danzig, Stargard i. Pom., Stettin u. ſ. w., waren viele Klagen darüber eingegangen, daß von Seiten der Königlichen Bahnverwaltungen ein Druck auf die Arbeiter in deren Werkſtätten, in welchen wir viele Mitglieder hatten, ausgeübt werde, in die zu errichtenden Zwangspenſionskaſſen einzutreten und da die Arbeiter damit nicht einverſtanden waren, ſo wurde der Generalrath erſucht, die Sache in die Hand zu nehmen und zu verſuchen, mindeſtens unſere Mitglieder von dieſem Zwang zu befreien.

Dies geſchah in der Weiſe, daß im September 1881 eine große öffentliche Verſammlung in Berlin einberufen wurde, in welcher man die Angelegenheit beſprach und in welcher das Bureau des Generalraths einſtimmig gewählt wurde, um als Deputation der Eiſenbahn-Werkſtättenarbeiter zum Miniſter zu gehen und Beſchwerde zu führen. Die Deputation, aus den Herren Mauch, Andreak und Baldt beſtehend, wurde vom Staatsminiſter, Herrn v. Maibach empfangen und erreichte das glückliche Reſultat, daß der Herr Miniſter erklärte, **„ein jeder Arbeiter, der einer gut fundirten Penſionskaſſe angehöre, ſolle von der Zwangspenſionskaſſe befreit ſein,“** hoffentlich ſteht der Herr Miniſter auch jetzt noch auf dieſem Standpunkt, es ſind auch jetzt wieder Beſchwerden an denſelben gerichtet. Es waren in dieſer Zeit viele erfreuliche Erfolge zu verzeichnen, in Weſtfalen und Rheinland breitete ſich unſer Gewerkverein bedeutend aus, wo bis dahin wenig vorwärts zu kommen war. Das Mitglied unſeres Generalraths, Herr Kamin, war von der Staatsregierung in den Volkswirthſchaftsrath, der neu begründet worden, zu dem Zweck, über einzuführende ſozialpolitiſche Geſetze Gutachten abzugeben, berufen worden, und ſo wuchs denn der Muth und die Schaffensfreudigkeit für unſere Organiſation in allen betheiligten Kreiſen. Da viele Genoſſen in unſerm Gewerkverein ſich durch rührige Thätigkeit für die Ausbreitung unſeres Gewerkvereins auszeichneten, ſo ſtiftete der Generalrath zur Erinnerung an dieſelben für alle Zeiten ein Album, in welchem

dieſelben ſich bei etwaiger Anweſenheit in Berlin oder auf Delegirtentagen einzeichnen ſollen, die Mittel dazu wurden einem Privatfond entnommen.

So ſtehen wir denn wieder vor dem Delegirtentage von 1882. Dieſer Delegirtentag dauerte vom 28. Mai bis 2. Juni 1882 und zeichnete ſich dadurch aus, daß das Gewerkvereinsſtatut bedeutend geändert und vereinfacht wurde.

Aus dem Rechenſchaftsbericht des Generalraths iſt zu entnehmen, daß der Gewerkverein von 67 Ortsvereinen mit 3700 Mitgliedern im Jahre 1879 auf 126 Ortsvereine mit 6300 Mitgliedern geſtiegen war, ebenſo hatten ſich die Kaſſenverhältniſſe bedeutend gehoben.

Es konnte mit Stolz auf die ſegensreiche Wirkſamkeit durch Rechtsſchutz, beſonders in Bezug auf das Haftpflichtgeſetz hingewieſen werden, es waren durch die Krankenkaſſe, Invalidenkaſſe und Unterſtützungsfond bedeutende Unterſtützungen gezahlt und dennoch war die Kaſſe in ausgezeichneten Verhältniſſen.

Der Sachverſtändige, Herr Dr. Zillmer, hatte zu dieſem Delegirtentage für die Invalidenkaſſe ſein Gutachten dahin aufgeſtellt, daß dieſe Kaſſe außer den Summen, welche dazu da ſein müßten, allen Verpflichtungen nachzukommen, ein Ueberſchußvermögen von 45 888 M. beſitze, alſo auch hier konnte mit voller Befriedigung in die Zukunft geſehen werden. Ueber die Verhandlungen dieſes Delegirtentages iſt zu bemerken, daß der Unterſtützungsfond auf Antrag des Generalraths in ſeinen Leiſtungen erweitert, die Einrichtung einer Witwen- und Waiſenkaſſe aber auch jetzt wegen der großen Schwierigkeiten, welche der Einrichtung einer ſolchen entgegenſtehen, wieder abgelehnt wurde.

Es wurde über das wichtige Thema der Agitation in eingehender Weiſe diskutirt und beſchloſſen, dieſelbe in ausgedehnteſtem Maße weiter zu betreiben.

Auf Veranlaſſung des Generalraths war auch diesmal wieder die Frage der Gründung einer eigenen Zeitung auf die Tagesordnung geſetzt, nur glaubte derſelbe die Einrichtung erſt dann empfehlen zu können, wenn der Delegirtentag den Beitrag zum Gewerkverein um mindeſtens 3 Pf. pro Woche erhöhen würde.

Nach langer eingehender Diskuſſion, an welcher ſich auch der Anwalt der Deutſchen Gewerkvereine und der Redakteur des „Gewerkverein“ betheiligten und von der Gründung einer eigenen Zeitung abriethen, wurde folgender Antrag des Referenten Mauch mit 19 gegen 10 Stimmen angenommen: Der Delegirtentag wolle beſchließen, „die Abonnements-Einrichtung in Bezug auf das Verbandsorgan „Der Gewerkverein“ bis zum nächſten Delegirtentag beſtehen zu laſſen, wie dieſelbe jetzt iſt; den Generalrath zu beauftragen, dem nächſten Delegiertentag eine vollſtändige Vorlage über Gründung einer eigenen, reſp. Fachzeitung zu machen.“

Dieſer angenommene Antrag iſt deshalb wörtlich wiedergegeben, weil man dem Generalrath von Seiten der Verbandsleitung beſtritt, daß auf Beſchluß des Delegirtentages von 1882 eine Vorlage zur Gründung eines eigenen Organs **dem nächſten** Delegirtentage gemacht werden ſollte.

Da die Kaſſenverhältniſſe wieder ganz normale, ja ſogar ſehr günſtige geworden waren, ſo wurden die Gehälter der Beamten wieder auf die urſprüngliche Höhe feſtgeſetzt und ſind ſo auch bis jetzt geblieben.

Bei der Wahl zum Generalrath wurden in die Leitung desſelben folgende Herren gewählt: Mauch, Vorſitzender, Boehm, Stellvertreter, Andreack, General-Sekretair, Baldt, Schatzmeiſter, Generalkontroleur Kuckert. Zu letzterem Amt hatte der bisherige Generalkontroleur, Herr Riebe, ausdrücklich erklärt, nicht wieder annehmen zu können, da es ihm an Zeit dazu mangele. Beiſitzer: Kamin, Geſell, Riebe, Junk, Prange, Nix in Berlin, Schmidt-Magdeburg, Seitz-Canſtatt, Rapp-Düſſeldorf, Bräeder-Stralſund, Wendel-Elbing, Dreſcher-Schweidnitz, Kammerer-Danzig.

Die Zahl der Generalreviſoren wurde auf dieſem Delegirtentage von drei auf fünf erhöht und hierzu wurden gewählt: Triebitz, Borſtorff, Götze, Kaſchke, Buchholz.

Zugleich wurde beſchloſſen, in Zukunft die Delegirtentage alle fünf Jahre ſtattfinden zu laſſen.

Ein vom Anwalt der Deutſchen Gewerkvereine geſtellter Antrag, die Kranken- und Begräbnißkaſſe des Gewerkvereins der deutſchen Maſchinenbau- und Metallarbeiter ſolle ſich einem zu gründenden Hilfskaſſenverband anſchließen, wurde abgelehnt und dem Generalrath, reſp. dem Vorſtand der Kaſſe Vollmacht gegeben, im gegebenen Falle ſelbſtändig Stellung zu dieſer Frage zu nehmen.

Die Aenderungen der Statuten zu allen Kaſſen waren mehr formeller als prinzipieller Natur, alſo nicht von beſonderer Wichtigkeit.

Die bewegteſte Zeit während der ganzen Dauer unſerer Organiſation fällt in die nächſten fünf Jahre.

Im Jahre 1882 tauchte im Reichstag der Antrag auf, für alle Arbeiter Arbeitsbücher einzuführen und glücklicherweiſe ſtanden in dieſer Frage die Arbeiter aller Parteirichtungen einſtimmig zuſammen, um dieſen Anſturm auf die Ehre und Selbſtändigkeit der Arbeiter abzuwehren. Auch unſer Gewerkverein that ſeine Schuldigkeit und wirkte durch Abhaltung von Verſammlungen und Ausſendung von Rednern dahin, daß die Petition, welche vom Verbande gegen dieſe Einrichtung an den Reichstag gerichtet wurde, mit tauſenden von Unterſchriften unterzeichnet wurde. Der Erfolg blieb nicht aus, der Reichstag lehnte die Einführung der Arbeitsbücher ab.

Aber auch die Streitigkeiten der anderen Gewerkvereine wegen der Berufsangehörigkeit der Mitglieder kamen immer wieder zum Vorſchein, ſo waren und ſind noch jetzt die Ortsvereine der Fabrik- und Handarbeiter in Borſigwerk, Eulau, Mallwitz, Ratibor und Sprottau faſt nur Berufsgenoſſen von uns, ebenſo war es mit dem Ortsverein der Klempner in Stettin. Dieſe Sachen ſpitzten ſich ſo zu, daß auf dem Verbandstag in Stralſund die Berufe, welche jedem Gewerkverein zugehören ſollen, feſtgeſetzt wurden, aber leider kümmert ſich auch heute noch Niemand darum.

Auch die Vertretung der einzelnen Gewerkvereine auf den Verbandstagen wurde wenigſtens in etwas gerechterer Weiſe geregelt, als es bisher der Fall war, jedoch iſt auch da noch viel zu wünſchen übrig.

Die Frage der Unterſtützung von arbeitsloſen Mitgliedern wurde von Seiten des Generalraths in Erwägung gezogen und, um Material zu ſammeln, nach welchem dem nächſten Delegirtentage eine Vorlage gemacht werden könnte, wurde innerhalb unſerer Ortsvereine eine Enquete veranſtaltet, wie viele Mitglieder und wie lange dieſelben in den einzelnen Quartalen des Jahres ohne Arbeit waren, es führte aber dieſer Verſuch nicht zum Ziel, weil die Sache nicht ernſthaft genug von den Ortsvereinen betrieben wurde.

Auch die ſozialpolitiſche Geſetzgebung gab für unſere Bewegung neue Arbeit. Es war im Lauf des Jahres 1883 dem Reichstage das Geſetz, betreffend die Krankenverſicherung der Arbeiter zur Berathung vorgelegt worden und der Reichstag hatte demſelben zugeſtimmt, ſo daß es bereits unterm 15. Juni 1883 proklamirt wurde mit dem Zuſatz, daß es mit dem 1. Dezember 1884 in Kraft treten ſolle. Es mußten nun die Statuten unſerer Kranken- und Begräbnißkaſſe dem neuen Geſetz angepaßt und den Behörden zur Beſtätigung eingereicht werden und dies nahm lange Zeit und die Einberufung mehrerer Generalverſammlungen in Anſpruch. Da das neue Geſetz eine Mindeſtleiſtung der Krankenkaſſen feſtſetzte und unſre 6 Mk.-Stufe dieſer Mindeſtleiſtung nicht entſprach, ſo wurde es auch nothwendig, dieſe 6 Mk.-Stufe von der Kaſſe zu trennen und eine beſondere Kaſſe für die Angehörigen dieſer Stufe zu bilden, es mußten dazu Statuten berathen und den Behörden eingereicht werden.

Trotzdem wurde die Agitation nicht aus den Augen gelaſſen, ſodaß das Jahr 1883 mit einem Beſtand von 9657 Mitgliedern abſchloß.

Das Jahr 1884 brachte gleich im Anfang einen ſchweren Schlag für unſern Gewerkverein.

Der General-Sekretär Andreack, welcher mit Aufopferung ſeiner ganzen Kraft für den Gewerkverein thätig war, hatte eine Agitationsreiſe nach der Nieder-Lauſitz angetreten und plötzlich kam aus Cottbus

am 2. Februar die Nachricht, daß er dort in einer großen Verſammlung in einer ganz unerhörten Art aufgetreten ſei, ſo daß man das Einſchreiten der Behörden befürchten müſſe. Der Generalrath trat ſofort zuſammen, Andreack, welcher mittlerweile wieder in Berlin war, war auch zugegen, und hier ſtellte ſich denn heraus, daß dieſer langjährige thätige Genoſſe geiſteskrank war.

Es wurden nun natürlich alle Schritte gethan, um keine Störung in den Geſchäften eintreten zu laſſen, denn Andreack geſundete nicht wieder, und wurde drei Monate mit Gehalt beurlaubt, und ſo ging denn die Entwickelung des Gewerkvereins ſeinen Gang fort. Aber eine weitere Störung trat im April dieſes Jahres ein. In der Fabrik von Friſter & Roßmann in Berlin brach auf Veranlaſſung von Leuten, welche gar nicht in dieſer Fabrik beſchäftigt waren, ein Strike aus, wodurch 118 Mitglieder unſers Gewerkvereins ausgeſperrt wurden, die Mitglieder wurden nach der ſtatutariſchen Beſtimmung unterſtützt und wie es gewöhnlich kommt, es verlief auch dieſe Arbeitseinſtellung reſultatlos. Alle dieſe Dinge beſchäftigten den Generalrath unſeres Gewerkvereins, aber einmüthig ſtanden die Kollegen zuſammen und thaten ihre Schuldigkeit.

Da die Krankheit Andreack's ſich immer mehr verſchlimmerte, ſo ſah ſich der Generalrath genöthigt, in ſeiner Sitzung am 5. Mai 1884 zur Wahl eines General-Sekretärs zu ſchreiten, die auswärtigen Mitglieder des Generalraths wurden mit zur Abſtimmung herangezogen. Das Reſultat der Abſtimmung war, daß der bisherige Vorſitzende des Generalraths Mauch gewählt wurde und an deſſen Stelle trat als Vorſitzender des Generalraths das langjährige Mitglied deſſelben, Kamin.

Im Verbande hatte ſeit langer Zeit die von demſelben errichtete und verwaltete Invalidenkaſſe viele Unannehmlichkeiten mit den Mitgliedern, es war das Statut derſelben geändert worden, die Karenzzeit auf 15 Jahre und auch die Beiträge erhöht und trotzdem die Leiſtungen der Kaſſe bedeutend herabgeſetzt. Alles das hatte Unzufriedenheit hervorgerufen und ein Mitglied, welches gerade am wenigſten Urſache dazu hatte, denn es fehlte demſelben jede Berechtigung, hatte eine Beſchwerde an die Staatsregierung eingereicht, welche nun, trotzdem ſie früher jede Einmiſchung in die Invalidenkaſſenangelegenheiten abgelehnt hatte, die Einreichung des Statuts und ein Gutachten eines Sachverſtändigen forderte, um das Statut eventuell beſtätigen zu können.

Trotzdem unſere Invalidenkaſſe mit jener des Verbandes abſolut nichts zu thun hatte, trotzdem nie ein Mißverhältniß mit unſern Mitgliedern hervorgetreten war, wurde auch der Generalrath des Gewerkvereins der deutſchen Maſchinenbau- und Metallarbeiter am 25. Juni 1884 von der Behörde aufgefordert, das Statut der Invalidenkaſſe und auch das der Frauenbegräbnißkaſſe einzureichen und zu beiden Kaſſen Gutachten eines Sachverſtändigen

beizubringen. Natürlich mußte dem Verlangen der Behörde entsprochen werden, dem Sachverſtändigen wurde das genaueſte Material über Mitgliederzahl, Mitgliedsalter, Lebensalter der Mitglieder und Kaſſenverhältniſſe übergeben und nun trat ein Fall ein, der noch heut allen älteren Genoſſen unerklärlich iſt; derſelbe Sachverſtändige, welcher 1882, alſo erſt vor zwei Jahren nach genauer Prüfung der Kaſſe erklärt hatte, die Kaſſe arbeite mit einem Ueberſchußvermögen von 45 888 Mk., rechnete jetzt heraus, daß die Kaſſe ein großes Defizit habe und wenn die Kaſſe dieſelben Leiſtungen beibehalten wolle, ſo müſſe man die Beiträge um 300 pCt. erhöhen. Dies Reſultat kam heraus, trotzdem die Mitgliederzahl ſeit der letzten Prüfung bedeutend geſtiegen, das Durchſchnittsalter der Mitglieder bedeutend geringer und der Kaſſenbeſtand bedeutend vergrößert war. Der erſte Eindruck war im Generalrath, als dem Vorſtand der Kaſſe, ein niederſchmetternder, der erſte Gedanke die Kaſſe ganz aufzulöſen; aber bei ruhiger Ueberlegung mußte man ſich ſagen, daß, wenn man den augenblicklich zu unterſtützenden 118 Invaliden das ganze Vermögen der Kaſſe überließe, die übrigen circa 10 000 Mitglieder ſtark geſchädigt ſein würden, denn der große Theil derſelben hatte durch langjährige Beiträge bereits Rechte erworben. Nach vielen und langen Berathungen kam man dann zu dem Entſchluß, ein ganz neues Statut auszuarbeiten mit der Einrichtung, daß in Zukunft den Invaliden nur einmal zu zahlende Summen ausgehändigt werden ſollen, alſo ſtatt Rentenverſicherung eine Kapitalverſicherung. Dadurch wurde **allen Mitgliedern** wenigſtens Etwas erhalten.

Zur Feſtſtellung dieſes Statuts mußte ein außerordentlicher Delegirtentag einberufen werden und dies geſchah zum 7. September 1884.

Die Angelegenheiten mit der Invalidenkaſſe, die Streitigkeiten mit anderen Gewerkvereinen wegen der Berufszugehörigkeit der Mitglieder, hatten mehrmals nothwendig gemacht, daß im Verbandsorgan Veröffentlichungen über dieſe Sachen zur Aufklärung unſerer Mitglieder erlaſſen werden mußten, aber die Redaktion „des Gewerkverein“ lehnte die Aufnahme dieſer Artikel ab, es ſtellte ſich alſo heraus, daß der Generalrath vollſtändig machtlos war, den Mitgliedern über den Sachverhalt Mittheilungen zu machen; da ſetzte denn der Generalrath zu dieſem außerordentlichen Delegirtentag, nach dem Auftrag des Delegirtentages von 1882, die Frage der Einführung eines eigenen Organs mit auf die Tagesordnung. Vorarbeiten waren in der verfloſſenen Zeit ſchon gemacht und dieſe wurden bis zum Beginne des Delegirtentages fortgeſetzt.

Der außerordentliche Delegirtentag von 1884 begann am 7. September und dauerte bis zum 9. September.

Der Eindruck läßt ſich ſchwer beſchreiben, welcher auf die Delegirten durch die Eröffnung der ganzen Sachlage hervorgebracht

wurde, aber mannhaft trat man auch dieſer Sachlage gegenüber, Das vorgelegte Statut wurde mit geringen Aenderungen angenomen und dem Generalrath Vollmacht ertheilt, die etwa von der Behörde noch zu verlangenden Aenderungen ſelbſtändig vornehmen zu dürfen. Außerdem wurde beſchloſſen, den augenblicklich Penſion beziehenden Mitgliedern ebenfalls noch zu dem bisher Erhaltenen, dieſelbe Summe als Schlußſumme zu zahlen, welche die in Zukunft zu Invaliden anzuerkennenden Mitglieder überhaupt erhalten ſollten. Die Beiträge blieben dieſelben wie bisher, ebenſo wurde die fünfjährige Karrenzzeit beibehalten.

Ein auch zu dieſem Delegirtentag geſtellter Antrag, „aus dem Verbande der Deutſchen Gewerkvereine auszuſcheiden", kam zur Berathung und führte eine lange eingehende Diskuſſion herbei.

Bemerkenswerth an dieſer Debatte ſind Auslaſſungen gewiſſer Herrn, daß wenn der Austritt wirklich beſchloſſen würde, man dafür ſorgen würde, daß unſer Gewerkverein zerſplittere, man würde Alles aufbieten, um für den Verband einen neuen Gewerkverein der Maſchinenbauer zu gründen, man könne nach dem Austritt unſerm Gewerkverein das Recht nicht zuſprechen, ſich noch „Hirſch-Duncker" zu nennen u. ſ. w., kurz, es gab eine ſehr erregte Diskuſſion, in welcher rückhaltslos alle Fehler und Schäden, welche im Verbande herrſchen, zur Sprache gebracht wurden.

Der Antrag „aus dem Verbande auszuſcheiden" wurde mit 23 gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Der Generalrath hatte den Antrag geſtellt, für unſern Gewerkverein ein eignes Organ einzuführen und hatte genau die Berechnung aufgeſtellt, was daſſelbe jährlich koſten würde, es war auch eine Probenummer für die Delegirten angefertigt, ſo daß ein jeder derſelben ein klares Bild von der Einrichtung des Blattes bekommen konnte. Die Debatte über dieſen Antrag war mit dem „Austritt aus dem Verbande" zugleich geführt und wurde der Antrag des Generalraths: „Einführung eines eignen Organs" mit 23 gegen 7 Stimmen angenommen.

Daß dieſer Beſchluß zum Vortheil unſeres Gewerkvereins war, zeigt die heutige Mitgliederzahl deſſelben, unſer „Regulator" hält unſere Mitglieder zuſammen und vertritt uns ſelbſtſtändig in der Oeffentlichkeit.

Nachdem noch einige untergeordnete Angelegenheiten berathen und Interpellationen erledigt waren, ſchloß auch dieſer Delegirtentag nicht ohne eine ſcharfe Auseinanderſetzung zwiſchen dem Generalrath und dem Anwalt der Deutſchen Gewerkvereine, welcher das ſelbſtſtändige Vorgehen des Generalraths tadelte, dieſes Rencontre wurde am Schluß ausgeglichen und nach dreitägiger ſchwerer Arbeit (die Sitzungen dauerten bis Abends 10 Uhr) trat der Schluß ein, den abreiſenden Kollegen die ſchwere Aufgabe überlaſſend, den Genoſſen in allen Theilen Deutſchlands die bittere Thatſache klar-

zuſtellen, daß man den Beſchlüſſen der ſelbſtgewählten Vertreter nachkommen müſſe.

Mit Stolz und Befriedigung können wir es ausſprechen, es lebte in unſern Genoſſen im Gewerkverein der Maſchinenbauer der genoſſenſchaftliche Geiſt, daß auch nicht ein einziges Mitglied der Invalidenkaſſe ſich gegen die Beſchlüſſe auflehnte, die Invaliden wurden mit der Schlußſumme befriedigt und alle weiter zu penſionirenden Mitglieder erhalten jetzt die durch Statut feſtgeſetzte Summe. Die Statuten der Invalidenkaſſe, ſowie auch der Begräbnißkaſſe, wurden nach vieler Mühe und nach vielfachem Einreichen und Zurückweiſen, vom Königlich preußiſchen Staatsminiſterium unterm 20. Auguſt 1886 genehmigt, ſo daß für dieſe beiden Kaſſen auch die ſtaatliche Anerkennung errungen iſt.

Mit dem 1. Dezember 1884 trat das Geſetz, betreffend die Krankenverſicherung der Arbeiter vom 15. Juni 1883, in Kraft. Mit äußerſter Mühe und Anſtrengung war es gelungen, das Statut unſerer Kranken- und Begräbnißkaſſe von der Behörde als dem § 75 dieſes Geſetzes entſprechend, beſtätigt zu erhalten, es geſchah dies unterm 4. November 1884. Wir waren alſo mit unſerer Kaſſe in Ordnung, aber bei mehreren anderen Gewerkvereinen war dies noch immer nicht der Fall und ſo half denn unſer Gewerkverein denen der Zimmerer und der Maurer in genoſſenſchaftlicher Weiſe aus, indem er die Mitglieder der Hilfskaſſen dieſer Gewerkvereine vorübergehend, bis auch die Statuten derſelben genehmigt waren, in unſere Hilfskaſſe übernahm, es führte dies noch ſpäter zu recht unliebſamen Vorfällen mit den Behörden.

Unterm 19. November 1884 wurde auch das Statut der neu errichteten Kranken-Unterſtützungskaſſe (3—6 M.) von der Behörde als das einer eingeſchriebenen Hilfskaſſe auf Grund des Geſetzes vom 7. April 1876 zugelaſſen, ſo daß nun alle unſere Kaſſen, mit Ausnahme der Gewerkvereinskaſſe ſelbſt, unter Aufſicht des Staates ſtanden, eine Thatſache, welche, wenn auch wohl in einer etwas andern Form, ſeit Beginn unſerer Organiſation angeſtrebt war.

Wie ſchon an anderer Stelle bemerkt, ſtellt das Geſetz über Krankenverſicherung der Arbeiter, vom 15. Juni 1883, eine beſtimmte Mindeſtleiſtung der Krankenkaſſen feſt, dieſe beſteht darin, daß als Krankengeld mindeſtens gezahlt werden muß „die Hälfte des Durchſchnittslohnes eines gewöhnlichen Tagearbeiters, wie derſelbe von den Behörden am Sitz der Kaſſe feſtgeſtellt iſt, und Arzt und Arznei“. Kaſſen, welche Arzt und Arznei nicht gewähren, müſſen drei Viertel des Durchſchnittslohnes eines gewöhnlichen Tagearbeiters am Sitz der Kaſſe zahlen.

In Berlin war der genannte Durchſchnittslohn zu hoch angeſetzt worden, um unſere 9 M.-Stufe in der Krankenkaſſe zu halten, und da in dieſer Stufe die meiſten unſerer Mitglieder verſichert waren, ſo mußte ein Ort gefunden werden, der zu dieſem

Satz der Verſicherung paßte und höchſtens **formell** eine Aenderung des Sitzes der Kaſſe, der ſeit Anbeginn Berlin war, herbeiführte.

Es wurde deshalb Rixdorf bei Berlin gewählt. Dieſer Ort entſpricht allen den genannten Anforderungen, denn die 9 M.-Stufe iſt erhalten und, trotzdem der Sitz der Kaſſe und das Bureau thatſächlich in Rixdorf iſt, wohnen wir, wie immer bisher, in Berlin, deshalb ſind auch alle unſere Kaſſen, ſogar der Gewerkverein, ebenfalls dorthin verlegt. Möge dieſer Grund nochmals an dieſer Stelle für alle Genoſſen zur Kenntniß gebracht ſein.

Um den Genoſſen ſpätere Vorgänge verſtändlich zu machen, muß leider immer wieder auf Streitfälle, welche mit anderen Gewerkvereinen vorkamen, aufmerkſam gemacht werden. Schon im Oktober 1884 wurden ſeitens unſeres Generalraths Beſchwerden gegen den Generalrath des Gewerkvereins der Klempner beim Centralrath der Deutſchen Gewerkvereine erhoben, weil im Ortsverein der Klempner in Bautzen 32 Berufsgenoſſen von uns aufgenommen waren; es wurde, wie es das Verbandsſtatut vorſchreibt, auf Ueberweiſung derſelben in unſern Gewerkverein gedrungen. Dieſe Angelegenheit ſpielte vom Oktober 1884 bis zum 19. März 1885, nachdem es zu ſcharfen Zwiſchenfällen mit den Klempnern, der Verbandsleitung, der Redaktion des „Gewerkverein“ und dem Centralrath gekommen war.

Weil der Generalrath der Maſchinenbauer auf ſeinem Recht beſtand, wurde er von allen Seiten angefeindet und ihm mit ſyſtematiſcher Beharrlichkeit nachgeſagt, er wolle dahin wirken, daß der Gewerkverein der Maſchinenbauer aus dem Verbande ausſcheiden ſolle. Die Bautzener Mitglieder wurden uns am Schluß dieſer ganzen Verhandlungen überwieſen.

Seit einigen Jahren ſammelte man zu einem Fond, um in Berlin ein Vereinshaus des geſammten Verbandes zu errichten, je länger es damit aber dauerte, je weniger Ausſicht war auf Erfüllung dieſer Idee vorhanden. Es hatten auch eine ziemlich große Anzahl Mitglieder unſeres Gewerkvereins kleinere und größere Beträge zu dieſem Fond gezeichnet und auch eingezahlt, da kamen nun fortwährend Anfragen an den Generalrath, ob er dieſe Einzahlungen für ſichere Kapitalsanlagen anſehe und als der Generalrath im Regulator auf dieſe Anfragen öffentlich dieſe Frage in ſeinem amtlichen Protokoll verneinte und erklärte, ein Jeder, der zu dem Verbandshausfond Geld hergebe, müſſe daſſelbe als geſchenkt betrachten; da ging die Hetze von Neuem gegen die Maſchinenbauer los, trotzdem dieſe doch als Verbandsgenoſſen ihre Schuldigkeit thaten wie wenig andere. Wir wollen nicht hier darauf eingehen, welche Perſonen es waren, welche bei dieſer Gelegenheit ſchürten und hetzten.

Da ja unſere Organiſation auch mit Geldwirthſchaft verbunden iſt, ſo wurde bei der allgemeinen Entwerthung des Geldes die Frage in Erwägung gezogen, ob man unſere Kapitalien nicht beſſer in Hypotheken, ſtatt in Papieren anlegen ſolle, und ob die Anlegung dann eben ſo ſicher ſei, als man bisher annahm, daß es der Fall ſei.

Es führte dies dazu, daß der Generalrath unſern langjährigen Rechtsbeiſtand, Herrn Juſtizrath Gerth in Berlin, einlud, welcher in der Generalrathsſitzung vom 27. Juni 1885 einen Vortrag über dieſes Thema hielt und auch ein Gutachten darüber ausarbeitete, welches freilich darin gipfelte, daß die Anlegung in Papieren vorläufig die praktiſchere Art ſei, es ſei denn, daß der Gewerkverein Korporationsrechte erlangen könne.

In Folge dieſes Gutachtens blieb es mit der Anlegung der Anlegung der Gelder bei der bisherigen altbewährten Art, nämlich, daß für unſere Kapitalien gute ſichere Papiere gekauft werden, welche bis zu einer größeren Summe in einem beſonderen Treſor im Geldſchrank, zu welchem drei Schlüſſel gehören, welche von verſchiedenen Generalrathsmitgliedern in Verwahrung gehalten werden, zur Aufbewahrung kommen. Dann werden die Papiere auf der Reichsbank auf die Namen zweier Generalrathsmitglieder, welche einen Revers ausgeſtellt haben, daß dieſe Gelder dem Verein und ſeinen Kaſſen gehören, deponirt und können nur gegen Beibringung von drei Paßworten, welche wieder drei andere Generalrathsmitglieder in einem verſiegelten Kouvert an wieder drei andere in Verwahrung geben, abgehoben werden; es iſt alſo möglichſte Sicherheit geboten und wurde dies auch von Herrn Juſtizrath Gerth lobend anerkannt.

Der Gewerkverein und die Kaſſen deſſelben nahmen nun einen immer größeren Aufſchwung, ſo daß auf Vereinfachung der Geſchäfte Bedacht genommen wurde, es erfolgte die Einführung der jetzt beſtehenden Geſchäfts- und Kaſſenordnung, und ſtatt der früheren Geſundheits-Atteſt-Formulare die Eintrittskarten, welche zu gleicher Zeit die Stammrolle im Gewerkvereins-Bureau bilden.

Um eine recht ſtraffe und geordnete Geſchäftsführung zu haben, wurden Reviſionsreiſen unternommen, und gerade dieſe haben ſich als außerordenlich praktiſch erwieſen. Auch die Agitation wird in ausgedehntem Maßen zur Ausführung gebracht und zwar nicht nur von Berlin aus, es betheiligen ſich daran zahlreiche Genoſſen in allen Gegenden des Vaterlandes.

Im Dezember 1885 kam leider der Fall vor, daß ein Mitglied, Foerſter in Cüſtrin, durch Simulation die für Invaliden zu zahlende Summe erſchwindelte. Es wurde natürlich, da das Geld nicht zurück zu erhalten war, Anzeige gemacht und der Mann wurde mit drei Monat Gefängniß und Aberkennung der Ehrenrechte beſtraft.

Da der Verbandstag, welcher im Juni 1886 ſtattfinden ſollte, herannahte, ſo beſchäftigte ſich der Generalrath unſeres Gewerkvereins mit Anträgen zur Reform des Verbandes und Erſparniſſen in deſſen Geſchäftsführung, wie es ihm vom Delegirtentag aufgetragen war.

Es fand zu dieſem Zweck am 4. April 1886 in Berlin eine Generalrathsſitzung ſtatt, zu welcher die Generalreviſoren wie immer, die Vertreter unſeres Gewerkvereins im Centralrath und die bereits gewählten Vertreter unſeres Gewerkvereins zum Verbandstag aus Berlin und Umgegend zugezogen waren. Eine vom Generalrath gewählte Kommiſſion hatte eine Vorlage von 58 Anträgen vorbereitet und dieſe Anträge wurden von der Verſammlung eingehend diskutirt und gutgeheißen; es wurde beſchloſſen, dieſelben im Regulator den Mitgliedern zur Kenntniß zu bringen.

Trotz dieſes ſachlichen Vorgehens wurde **vor** dem Verbandstage von der Verbandsleitung und der Redaktion des „Gewerkverein" ein förmliches Verfahren gegen den Generalrath der Maſchinenbauer eingeleitet, öffentlich im Gewerkverein wurden die Anträge deſſelben beſprochen, der Generalrath als Zerſtörer des Verbandes hingeſtellt u. ſ. w., ſo daß ſchließlich auf dem Verbandstage, wo man ſogar den Verſuch machte, den größten Theil der Anträge von der Tagesordnung abzuſetzen, von denſelben faſt nichts angenommen wurde. Wie weit das gegenſeitige Mißtrauen ging, iſt daraus zu ermeſſen, daß der Centralrath beſchloß, „zur Aufnahme der Verhandlungen einen Stenographen zu engagiren", um, wie einer der Verbandsbeamten als Motiv anführte, „jedes dort geſprochene Wort feſtzunageln". Um gegen etwaige Irrthümer geſchützt zu ſein, engagirte der Generalrath der Maſchinenbauer nun auch einen Stenographen, um ein Gegenprotokoll zu haben; zur Abſtimmung darüber waren die auswärtigen Generalrathsmitglieder herangezogen worden. Auf dem Verbandstage zu Halle im Juni 1886 iſt in Bezug auf Reform und Erſparniſſe nichts erreicht worden, wenn auch die Agitationsſteuer den Gewerkvereinen überlaſſen wurde. In unſerem Gewerkverein gingen die Geſchäfte und die raſtloſe Thätigkeit aller unſerer Genoſſen in Bezug auf Ausbreitung und Feſtigung deſſelben in ſich, ihren ſteten Gang vorwärts, es entſtanden nur viele Schwierigkeiten mit den Behörden in Bezug auf die Verwaltung der Kranken- und Begräbnißkaſſe (9—15 Mk.). Bei behördlichen Reviſionen wurde vielfach die Einrichtung unſerer Bücher bemängelt, ſo daß der Vorſtand ſich genöthigt ſah, ſich an das Reichsamt des Innern zu wenden und unter Einreichung der geſammten Kaſſabücher, Kladden u. ſ. w. anzufragen, ob eine Aenderung in der Einrichtung nothwendig ſei.

Im Auguſt 1886 erfolgte die Antwort durch das Oberpräſidium der Provinz Brandenburg, daß die Herren Miniſter des Innern und der Herr Handelsminiſter die Bücher zu unſerer Kaſſenführung

als gut anerkannt hätten. Ebenſo wurde es nöthig, um dem Verlangen der Behörden nachzukommen, für ſämmtliche Kaſſirer Geldkaſten nach beſtimmter Vorſchrift zu beſchaffen, weil vielfach bei den Reviſionen die Gelder der verſchiedenen Kaſſen nicht von einander getrennt verwahrt, vorgefunden waren. Alle dieſe Mühſeligkeiten und auch erforderlichen Geldopfer wurden mit Reſignation von allen Ortsvereinen, Mitgliedern und vom Generalrath getragen, immer das Ziel im Auge, feſten Boden zu gewinnen.

So nahte denn der zuletzt ſtattgehabte Delegirtentag heran. Der Generalrath hatte bedeutende Vorarbeiten gemacht und legte ein ganz neues Gewerkvereinsſtatut und eine vollſtändige Umarbeitung und Erweiterung des Unterſtützungsfonds vor.

Der letzte Delegirtentag fand vom 30. Mai bis 4. Juni 1887 in Leipzig ſtatt. Zum erſten Mal außerhalb Berlins.

Es dürfte nothwendig ſein, die Mitglieder des Generalraths, welche in dieſer langen Periode, zum erſten Mal fünf Jahre, die Geſchäfte des Gewerkvereins geführt hatten, ſämmtlich namhaft zu machen.

1882 waren folgende Herren gewählt worden:

Mauch, Vorſitzender, Boehm, Stellvertreter, Andreack, General-Sekretär, Baldt, Schatzmeiſter, Kuckert, Generalkontrolleur, Kamin, Geſell, Riebe, Junk, Prange, Nix, ſämmtlich in Berlin, Beiſitzer. Als auswärtige Generalraths-Mitglieder fungirten die Herren: Schmidt-Magdeburg, Seitz-Cannſtatt, Rapp-Düſſeldorf, Braeder-Stralſund, Wendel-Elbing, Dreſcher-Schweidnitz, Kammerer-Danzig. (Davon war Kamin ſeit Mai 1884 Vorſitzender, Mauch General-Sekretär.)

Generalreviſoren waren folgende Herren: Triebitz, Borſtorff, Götze, Kaſchke, Buchholz.

Davon ſchieden im Laufe der fünf Jahre folgende Herren aus: Andreack (geſt. 10. 7. 85), Boehm, Junk, Prange, von den auswärtigen Mitgliedern Herr Dreſcher-Schweidnitz, Wendel-Elbing, von den Generalreviſoren ſchon 1882 Herr Buchholz. Am Vorort traten ein die Herren: Fiſcher, Gaspers, Sommerlade, Bocksfeld, als auswärtige Mitglieder die Herren Geißler-Landsberg a. W. und Biedermann-Laurahütte, als Generalreviſor Herr Tennſtedt.

Aus dem Geſchäfts- und Rechenſchaftsbericht der Beamten iſt von dieſem Delegirtentag hervorzuheben, daß der Gewerkverein 297 Ortsvereine mit 18 500 Mitgliedern zählte, alſo einen Zuwachs ſeit 1882 von 171 Ortsvereinen und 12 100 Mitglieder hatte.

Ich übergehe unliebſame Erörterungen zwiſchen dem Anwalt der deutſchen Gewerkvereine und dem Generalrath, welche ſich diesmal bei Beginn der Verhandlungen, ſtatt wie ſonſt am Schluß derſelben abſpielten und muß hier einſchalten, daß der Generalrath das neue Gewerkvereinsſtatut, welches er hier vorlegte, vorher ſchon dem Königlichen Staatsminiſterium eingereicht hatte, um zu

verſuchen, ob es möglich ſei, auf Grund deſſelben Korporationsrechte zu erlangen, leider kam die Antwort erſt nach dem Delegirtentage und zwar ablehnend zurück. Das Statut wurde aber vom Delegirtentage mit ganz geringfügigen Aenderungen angenommen. Der Unterſtützungsfonds wurde als ſelbſtſtändiges Reglement aufgeſtellt und in ſeinen Leiſtungen bedeutend erweitert, außer kleinen Verbeſſerungen in Bezug auf Reiſegeld, Erſatz der Beiträge für arbeitloſe Mitglieder, wurde für ältere Mitglieder (1 Jahr Mitgliedſchaft) Unterſtützung bei Ueberſiedelung mit Familie und bei fünfjähriger Mitgliedſchaft Unterſtützung bei eintretender Arbeitloſigkeit eingeführt.

Bei der Krankenkaſſe traten auch einige Statutenänderungen ein und zum erſten Mal tagten hier beſondere Generalverſammlungen fur die Invalidenkaſſe und die Begräbnißkaſſe und zwar um die Vorſtände für dieſelben zu wählen.

Bei der Wahl zum Generalrath wurden folgende Herren gewählt: Kamin, Vorſitzender, Riebe, Stellvertreter, Mauch, General-Sekretär, Baldt, Schatzmeiſter, Götze, Generalkontroleur, Kuckert, Sommerlade, Nix, Geſell, Kretſchmar, Klein, ſämmtlich in Berlin, als Beiſitzer. Als auswärtige Generalrathsmitglieder: Kammerer-Danzig, Scheel-Ulm, Rapp-Düſſeldorf, Trabert-Leipzig, Heidrich-Hirſchberg, Duchſtein-Magdeburg, Hartmann-Cottbus.

Zu Generalreviſoren die Herren: Triebitz, Lindemann, Havliczek, Neſtler, Kaſchke.

Aus dem Generalrath iſt inzwiſchen in Berlin Herr Klein und auswärts Herr Hartmann-Cottbus ausgetreten, dafür iſt in Berlin Herr Silkenat und als auswärtiges Mitglied Herr Fritſche-Wattenſcheid eingetreten.

Von den auf dem Delegirtentag gewählten Generalreviſoren iſt Herr Lindemann zurückgetreten, dafür Herr Martin im Amt.

Nach dem Delegirtentag wurden natürlich alle der Krankenkaſſe zugehörigen Statutenänderungen der Behörde zur Beſtätigung unterbreitet und auch dies gelang nach mancherlei Hin- und Herſendungen ſo, daß am 5. Dezember 1887 die neue Beſtätigung des Statuts erfolgte.

Es gingen nun im geſammten Gewerkverein und ſeinen Einrichtungen die Geſchäfte ihren geregelten Gang, nur trat Ende des Jahres 1887 ein Zwiſchenfall leider wieder mit der Verbandsleitung ein, welcher es nöthig machte, eine Ausſprache unter den Mitgliedern des Generalraths in ihrer Geſammtheit herbeizuführen, es wurde alſo eine Plenarſitzung des Generalraths nach Berlin einberufen, welche am 26. Februar 1888 in Anweſenheit ſämmtlicher Mitglieder deſſelben, mit Ausnahme des Herrn Scheel-Ulm, im Beiſein des Herrn Anwalts der deutſchen Gewerkvereine und einer großen Anzahl von Mitgliedern in Berlin und Umgegend ſtattfand, ſogar aus Cottbus waren einige Genoſſen gekommen.

Die Ausſprache fand in ausgiebigſter Weiſe ſtatt und ſo iſt denn zu hoffen, daß in Zukunft in beſter Kameradſchaft und Genoſſenſchaftlichkeit gearbeitet werden wird.

Zwanzig Jahre Arbeit liegen hinter uns, Jahre voll Anſtrengung nach dem hohen Ziele, dem Arbeiter Gleichberechtigung mit den andern Ständen der Geſellſchaft zu erringen, vieles iſt erreicht, viel mehr ſoll noch erreicht werden. Wir erfreuen uns der Achtung und Anerkennung des überwiegend großen Theiles unſerer deutſchen Mitbürger aller Stände, weil wir uns ſtreng im Rahmen der beſtehenden Geſetze bewegen, die Behörden laſſen uns mit Wohlwollen in unſerm Thun gewähren und ſo wollen wir denn froh und hoffnungsvoll in die Zukunft ſchauen. Augenblicklich zählt unſer Gewerkverein 352 Ortsvereine in allen Theilen des deutſchen Vaterlandes, 20 000 Mitglieder, vertheilt in dieſen Ortsvereinen, hängen feſt zuſammen als Freunde und Brüder. Das Vermögen, welches wir im Laufe der Jahre angeſammelt, trotz der ſehr großen Ausgaben zu allen unſern ſtatutariſchen Bedürfniſſen, repräſentirt die ſtattliche Summe von 600 000 Mark und iſt das Eigenthum der Geſammtheit, welche ja eine große Familie bildet.

Darum Genoſſen und Freunde haltet feſt an unſerm Gewerkverein, helfet weiter ſorgen und ſchaffen, es iſt nicht nur für uns und unſere Familien, nein, unſere Nachkommen ſollen auch ihren Theil von dem mit unendlichem Fleiß, mit eiſerner Ausdauer Geſchaffenen und noch zu Schaffenden haben. Möge das Feſt zur Feier des zwanzigjährigen Beſtehens unſers Gewerkvereins ein neuer Sporn und Antrieb ſein, dahin zu ſtreben, Noth und Elend und ſklaviſche Abhängigkeit von unſern Mitgliedern fern zu halten, ſetzen wir alle unſere Kräfte daran, unſere Organiſation immer weiter zu verbreiten und zum allgemeinen Hort des deutſchen Arbeiters zu machen, dann wird in ſpäterer Zeit, wenn andere, jüngere Kräfte dieſe Geſchichte des Gewerkvereins der deutſchen Maſchinenbau- und Metallarbeiter weiter ſchreiben, ein noch größerer Erfolg zu verzeichnen ſein.

Aber wir legen uns jetzt bei der zwanzigjährigen Jubelfeier das Gelübde ab, einig zu ſein in unſerm Wirken, frei das Haupt hoch zu tragen und mit Stolz und freudigem Eifer einzutreten für unſern Gewerkverein der deutſchen Maſchinenbau- und Metallarbeiter.

Rechnungs-Abschlüsse.

Rechnungs-Abſchlüſſe

des

Gewerk-Vereins der Deutſchen Maſchinenbau- und Metallarbeiter

(Hirſch-Duncker.)

Auf Beſchluß des Generalraths für die Zeit von 1868 bis ult. 1887 aus den amtlichen Büchern und Belägen zuſammengeſtellt

von

H. Baldt,
Schatzmeiſter.

Berlin, 1888.

Kassenbericht des Gewerkvereins der deutschen Maschinenbau=

Einnahmen	M.	₰	M.	₰
An statutenmäßigen Beiträgen . . .	656 817	27		
„ außerordentlichen Beiträgen . . .	14 562	79		
„ Eintrittsgelder	20 113	92		
„ Zinsen	20 376	26		
„ Strafgelder	1 177	70	713 047	94
„ vom Verband erhaltene Hilfsgelder	5 421	07	5 421	07
„ verkaufte Effecten	6 533	26	6 533	26
„ Bestand des Organ=Kontos . . .	362	68		
„ Bestand der alten Frauenbegräbniß=kasse	2 000	—	2 362	68
„ zurückerhaltene Rechtschutzkosten . .	1 980	23		
„ „ Agitationskosten . .	860	32		
„ „ Porto	1 020	61		
„ „ Verwaltungskosten .	94 198	27		
„ „ Kosten für verkaufte Druckſachen . . .	684	81		
„ „ Kosten der General=Verſammlungen .	2 594	68	101 338	92
„ Abonnement des Regulator . . .	235	15		
„ Insertion des Regulator	1 495	76	1 730	91
„ Geschenke und Ueberschuß vom Kalender=Verkauf	213	76	213	76
„ Darlehn vom Verband zurück . .	1 500	—	1 500	—
Transport Mark			832 148	54

und Metallarbeiter von der Gründung bis ultimo 1887.

Ausgaben	M.	₰	M.	₰
Per gekaufte Effecten incl. Provision .	140 201	86	140 201	86
„ Hülfsgelder bei Aussperrungen . .	62 286	81		
„ außerordentliche Unterstützungen .	13 850	—		
„ Unterstützung an reisende Mitglieder	11 212	22		
„ Unterstützung durch Beitragszahlung	3 921	60	91 270	63
„ Rechtschutzkosten	23 573	88		
„ 5% für Bildungszwecke	24 078	61	47 652	49
„ Abonnement auf den Gewerkverein	77 175	19		
„ Verbands- und Ortsverbandssteuer	75 655	58	152 830	77
„ Beiträge zu anderen Vereinen . .	272	90	272	90
„ Kosten der Generalversammlungen	16 636	82		
„ Kosten der Verbandstage	4 202	77	20 839	59
„ Agitation und Reisekosten . . .	29 531	62	29 531	62
„ Entschädigung für Generalraths-sitzungen und Revisionen . . .	7 686	54		
„ Gehälter, Repräsentationskosten und Bureauhülfe	48 857	63	56 544	17
„ Bureau-Miethe, Reinigung, Heizung, Beleuchtung, Umzug, Versicherung	4 258	62		
„ Porto des Gewerkverein	7 483	38		
„ Drucksachen, Material und Utensilien	52 213	80		
„ Depotkosten	668	70	64 624	50
„ außergewöhnliche Kosten in Folge Verfügung der Aufsichtsbehörde	2 125	75		
„ Gutachten Dr. Zillmer	475	50	2 601	25
„ Papier, Satz und Druck des Regulator	41 567	53		
„ Porto des Regulator	16 005	58		
„ Autoren-Honorar	1 194	34		
„ Zeitungs-Abonnement	658	05	59 425	50
„ Darlehn an den Verband . . .	1 500	—		
„ Darlehn an die Krankenunterstützungskasse	2 000	—	3 500	
Transport Mark			669 295	28

Kaſſenbericht des Gewerkvereins der deutſchen Maſchinenbau=

Einnahmen	M.	₰	M.	₰
Transport Mark			832 148	54
Summa Mark			832 148	54

Vermögens=

Kaſſenbeſtand . . . .
Effecten . . . . .

und Metallarbeiter von der Gründung bis ultimo 1887.

Ausgaben	M.	₰	M.	₰
Transport Mark			669 295	28
Per Entschädigung für Ausschußsitzungen	31 544	—		
„ Entschädigung für Orts-Revisoren, Sekretär und Kassirer	62 971	28	94 515	28
„ Insertion der Ortsvereine . . .	21 450	86		
„ Porto und Schreibmaterialien der Ortsvereine	29 248	99		
„ Lokal-Miethe der Ortsvereine . .	4 690	73	55 390	58
„ Bestand			12 947	40
Summa Mark			832 148	54

Nachweis

. . . 12 947 M. 40 ₰
. . . 133 400 „
Summa 146 347 M. 40 ₰

Baldt,
Schatzmeister.

Bericht der Invalidenkaſſe des Gewerkvereins der deutſchen
1. Oktober 1869

Einnahmen:	M.	₰
An Beiträge	555 233	04
= Zinſen	81 646	90
= Beſtand aus der alten Begräbnißkaſſe	4 122	41
= verkaufte Effecten	51 585	
= Kautionen	9 435	15
Summa Mark	702 022	50

Vermögens=

Kaſſenbeſtand	
Effecten	
Summa	

H. Baldt,

Maſchinenbau- und Metallarbeiter von der Gründung bis ult. 1887.

Ausgaben:	M.	₰
Per Penſionen	161 620	73
= Invalidengeld	102 800	
= gekaufte Effecten incl. Koursdifferenz der Effecten 4 183,93 Mark	342 268	93
= Kurkoſten und Badereiſen	6 216	81
: Koſten der Generalverſammlungen . . .	3 146	43
= perſönliche Verwaltungskoſten	39 832	66
= ſachliche Verwaltungskoſten	44 187	37
Beſtand	1 949	57
Summa Mark	702 022	50

Nachweis.

. . . Mark 1 949,57
. . . = 286 500
. . . Mark 288 449,57.

Schatzmeiſter.

Bericht der Begräbnißkasse des Gewerkvereins der deutschen
5. Februar 1877

Einnahmen:	M.	₰
An Bestand aus der alten Begräbnißkasse . . .	6 000	
= Eintrittsgelder	828	50
= Beiträge	55 346	29
= Zinsen	5 629	50
= verkaufte Effecten	2 780	62
Summa Mark	70 584	91

Vermögens=

Kassenbestand . . .
Effecten . . . . .
Summa

H. Baldt,

Maſchinenbau- und Metallarbeiter von der Gründung bis ult. 1887.

Ausgaben:	ℳ	₰
Per Begräbnißgelder	17 444	25
= gekaufte Effecten	42 060	34
= Unterſtützungsfond überwieſen	2 000	
= Koſten der Generalverſammlungen	1 267	95
= Koſten eines Gutachten	150	
= Entſchädigung der Vertrauensmänner . . .	1 203	46
= Verwaltungskoſten und Gehälter	5 333	08
Kaſſenbeſtand	1 125	83
Summa Mark	70 584	91

Nachweis.

. . .	Mark	1 125,83
. . .	=	39 000,00
. . .	Mark	40 125,83.

Schatzmeiſter.

Bericht der Krankenunterſtützungskaſſe des Gewerkvereins
Gründung 1. November

Einnahmen:	M.	₰
An Eintrittsgelder	1 099	75
„ Beiträgen	120 137	29
„ Zinſen	630	49
„ verkaufte Effecten	1 077	67
„ Darlehn aus der Generalrathskaſſe	2 000	
Summa Mark	124 945	20

Vermögens=

Kaſſenbeſtand . . .
Effecten . . . . .
Reſerve=Fond . . .
Summa

H. Baldt,

der deutſchen Maſchinenbau- und Metallarbeiter von der 1884 bis ultimo 1887.

Ausgaben:	M.	₰
Per Krankenunterſtützung	101 336	87
„ Krankenkontrolle	2 373	09
„ ärztliche Unterſchrift der Krankenſcheine	1 032	55
„ Entſchädigung an die Vertrauensmänner	5 322	56
„ gekaufte Effecten	3 039	78
„ Reſerve-Fonds überwieſen	8 000	
„ unterſchlagen	12	61
Kaſſenbeſtand	3 827	74
Summa Mark	124 945	20

Nachweis:

. . .	Mark	3 827,74
. . .	=	2 000,00
. . .	=	8 000,00
. . .	Mark	13 827,74.

Schatzmeiſter.

Bericht der Kranken- und Begräbnißkasse des Gewerkvereins
Gründung 5. Februar

Einnahmen:	M.	₰
An Eintrittsgelder	8 421	15
„ Beiträgen	1370 230	02
„ Zinsen	19 330	11
„ verkaufte Effecten	37 974	52
„ verkaufte Drucksachen	12	25
„ zurückerhaltene Krankengelder	1 675	25
„ „ Defecte	35	
„ „ Gerichtskosten	18	
„ Strafen	30	
„ Kaution des Schatzmeister	300	
Summa Mark	1438 026	30

Vermögens-

Bestand . . . . .
Effecten . . . . .
Reserve-Fonds . . .
Summa

Baldt,

der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter von der 1877 bis ultimo 1887.

Ausgaben:	M.	₰
Per Krankengelder	1061 349	
„ Heilmittel	3 572	85
„ Begräbnißgelder	53 338	
„ Unterschrift der Krankenscheine	4 732	87
„ Gehälter und persönliche Verwaltungskosten	97 410	24
„ sachliche Verwaltungskosten	71 242	23
„ Gerichtskosten	1 080	50
„ Kosten der Generalversammlung	4 075	99
„ Defecte	520	58
„ gekaufte Effecten	47 809	75
„ Reservefond überwiesen	81 000	
Bestand	11 894	29
Summa Mark	1 438026	30

Nachweis:

. . .	Mark	11 894,29
. . .	„	8 000
. . .	„	81 000
. . .	Mark	100 894,29

Schatzmeister.

Gesammtbericht aller Kassen des Gewerkvereins der
der Gründung

Einnahmen.	M.	₰
An Eintrittsgelder und Beiträge	2 802 790	02
„ Zinsen	127 613	26
„ Bestand der alten Begräbnißkasse	10 485	09
„ vom Verband erhaltene Hülfsgelder	5 421	07
„ zurückerhaltene Kosten für Rechtschutz, Agitation, Material, Porto und Deligirtentage . . .	101 369	17
„ Abonnement und Insertion des Regulator . .	1 730	91
„ Kautionen	9 735	15
„ Diverse Einnahmen	3 131	71
Summa Mark	3 062 276	38

Vermögens=

Kassenbestand . . .
Effecten . . . . .
Reserve=Fond . . .
Summa

H. Baldt,

deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter von bis ult. 1887.

Ausgaben.	M.	₰
Per Hülfsgelder und Unterstützungen	91 270	63
„ Rechtschutzkosten und Bildungszwecke . . .	48 732	99
„ Abonnement auf Gewerkverein und Verbandssteuer	152 830	77
„ Autoren-Honorar, Porto und Druckkosten des Regulators	59 425	50
„ Pensionen, Kur- und Badereisen	167 837	54
„ Invalidengeld	102 800	—
„ Krankenunterstützung und Heilmittel . . .	1 166 258	72
„ Begräbnißgeld	70 782	25
„ Kosten der Generalversammlungen und Verbandstage	29 329	96
„ Agitation und Reisekosten	29 531	62
„ Entschädigung für Sitzungen, Revision, Gehälter, Krankenkontrolle	301 934	33
„ Material, Utensilien, Porto, Miethe	244 561	56
„ Diverse Ausgaben	806	09
„ gekaufte Effekten incl. 6529,59 Provision und laufende Zinsen	475 429	59
„ Reserve-Fond	89 000	—
Kassen-Bestände	31 744	83
Summa Mark	3 062 276	38

Nachweis:

. . .	Mark	31 744,83
. . .	=	468 900,00
. . .	=	89 000,00
. . .	Mark	589 644,83.

Schatzmeister.

Berlin.
Goedecke & Gallinek
Friedrichstr. 105a.